

ZYPERN

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2023

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit dem griechischen Putsch und der darauffolgenden türkischen Besetzung im Jahr 1974 ist die Insel Zypern geteilt. Die griechisch-zyprische Volksgruppe lebt südlich der Trennungslinie in der international anerkannten Republik Zypern. Die türkischen Zyprer*innen leben im Nordteil der Insel, der »Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ)«, die jedoch international nicht anerkannt ist.¹

Der Stillstand und die Ungewissheit in der Zypernfrage hielten auch 2022 an. Diese Situation herrscht seit dem Scheitern der letzten Gesprächsrunde zur Wiedervereinigung der Insel auf einer internationalen Konferenz in Crans Montana (Schweiz) im Juli 2017. Eine konfrontativere türkische Außenpolitik gegenüber Griechenland und Zypern seit 2019 führte auch zur Wahl eines Hardliners, Ersin Tatar, im Norden der Insel im Oktober 2020 nach massiven Interventionen der Türkei zu seinen Gunsten. Unterstützt von Ankara forderte Tatar weiterhin die gleichberechtigte Anerkennung der türkisch-zyprischen Souveränität und damit eine Zwei-staatenlösung als Voraussetzung für die Wiederaufnahme von Verhandlungen und machte damit jede Aussicht auf substanzielle Gespräche zunichte. Ermutigt durch die Verhärtung der türkischen Positionen zeigte sich die griechisch-zyprische Seite nun versöhnlicher und kehrte unmissverständlich zu dem international unterstützten Rahmen ei-

ner bi-kommunalen, bi-zonalen Lösung zurück, womit sie eine Phase verwirrender Signale bezüglich des Rahmens für eine Lösung beendete, die die Glaubwürdigkeit des Engagements des scheidenden griechisch-zyprischen Präsidenten Nicos Anastasiades für eine Lösung der Zypernfrage ernsthaft untergraben hatte.

Im Oktober 2020 eskalierte die türkische Seite die Situation weiter, indem sie einseitig Teile der umzäunten Geisterstadt Varosha unter die Verwaltung der Nordzyperns stellte. Varosha, ein von griechischen Zyprer*innen bewohnter Vorort von Famagusta, ist seit 1974 unbewohnt, wird von der türkischen Armee verwaltet und dient als Verhandlungsmasse bei den Verhandlungen über eine Lösung des Zypernproblems. UN-Resolutionen fordern die Übergabe des Gebiets an die UN und die Rückkehr der rechtmäßigen Bewohner*innen. Im Zusammenhang mit der Öffnung von Varosha gab die türkische Seite zu verstehen, dass sie die Rückkehr der griechisch-zyprischen Eigentümer*innen akzeptieren würde, wenn ihre Ansprüche vom international anerkannten »Ausschuss für unbewegliches Eigentum« im Norden als berechtigt anerkannt würden. Die internationale Gemeinschaft verurteilte die Öffnung, da das Gebiet dann von den Behörden im Norden verwaltet werden würde, was geltenden UN-Resolutionen widerspräche. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts waren etwa 3,5 Prozent des Gebiets geöffnet, aber keiner der Bewohner*innen ist bisher zurückgekehrt.

Neben der Öffnung von Varosha blieb die Auseinandersetzung um die Erkundung und Förderung von Öl und Gas vor der Küste der Insel der dynamischste und gefährlichste Aspekt des Zypernproblems. Als Reaktion auf die einseitigen Explorationsaktivitäten der griechisch-zyprischen Seite und die regionale Zusammenarbeit der Republik Zypern mit Israel, Ägypten und Griechenland im Bereich der Gasförderung eskalierte die Türkei 2019 die Situation auf der Basis, dass ihre Rechte und die Rechte der türkischen Zyprer*innen ignoriert würden. Zunächst begann Ankara, mit Zustimmung der türkisch-zyprischen Behörden in Gebieten zu bohren, die die Republik Zypern als ihre ausschließliche

¹ Die »Türkische Republik Nordzypern (TRNZ)« wird nur von der Republik Türkei anerkannt. Für die Türkei und die türkischen Zyprer*innen ist Ersin Tatar der Präsident der Türkischen Republik Nordzypern, während die internationale Gemeinschaft ihn als das kommunale Oberhaupt der türkischen Zyprer*innen betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international weiterhin als die Regierung der gesamten Insel anerkannt ist, gilt die gesamte Insel nun als Mitglied der Europäischen Union. Allerdings ist der *Acquis Communautaire* in Nordzypern bis zu einer politischen Lösung des Zypernproblems ausgesetzt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrags).

Wirtschaftszone (AWZ) beansprucht. Dann unterzeichnete Ankara ein Abkommen mit der libyschen Regierung über die Abgrenzung ihrer jeweiligen AWZ und drohte damit, in Gebieten zu bohren, die Griechenland als seine eigene AWZ beansprucht. Im Jahr 2022 blieb die Frage ungelöst, aber die Spannungen nahmen weiter ab. Probebohrungen im selben Jahr und Schritte zur Förderung von Gas aus dem Aphrodite-Feld wurden nicht durch türkische Aktivitäten in der von der Republik Zypern beanspruchten AWZ beantwortet.

Innenpolitisch wurden die Entwicklungen durch die Präsidentschaftswahlen im Februar 2023 geprägt. Der Außenminister Nicos Christodoulidis trat im Januar 2022 von seinem Amt zurück, um als unabhängiger Kandidat gegen den Vorsitzenden seiner eigenen Partei DISY, Averof Neophytou, und den Kandidaten der größten Oppositionspartei AKEL, Andreas Mavroyiannis, anzutreten. Als das Jahr zu Ende ging, lag Christodoulidis in den Umfragen in Führung und blieb der große Favorit für den Wahlsieg, den er schließlich auch errang und im Februar 2023 das Amt übernahm.

Im Jahr 2022 litt der nördliche Teil Zyperns weiterhin unter politischer und wirtschaftlicher Instabilität, die stark von hohen Inflationsraten in der Türkei beeinflusst wurde. Am 23. Januar 2022 fanden im nördlichen Teil Zyperns vorgezogene Parlamentswahlen statt, nachdem im November 2021 eine Übergangsregierung durch die National Unity Party (UBP) und die Democratic Party (DP) gebildet worden war. Die Regierung stand unter der Führung von Ministerpräsident Faiz Sucuoğlu von der konservativ-zentristischen National Unity Party (UBP). Seine Partei erhielt 39,5 Prozent der Stimmen und 24 Sitze (+3) im 50-köpfigen Parlament. Die Hauptoppositionspartei, die links-zentristische Republican Turkish Party (CTP), erhöhte ihren Stimmenanteil auf 32 Prozent und gewann 18 Sitze (+6). Die konservativ-zentristische Democratic Party (DP) behielt ihre drei Sitze mit 7,41 Prozent der Stimmen, gefolgt von der People's Party (HP), die mit 6,7 Prozent der Stimmen und drei Sitzen (–6) erhebliche Verluste hinnehmen musste. Die Rebirth Party (YDP), die hauptsächlich von türkischen Immigrant*innen unterstützt wird, behielt ihre zwei Sitze. Sucuoğlu blieb im Amt und bildete eine UBP-DP-YDP-Koalitionsregierung gemäß dem parlamentarischen System der TRNC, in dem der direkt gewählte Präsident keine Exekutivgewalt hat und lediglich die Rolle des Volksgruppenführers in den interkommunalen Verhandlungen spielt. Nach nur 59 Tagen im Amt trat die Regierung im April zurück, nachdem der Ministerpräsident erfolglos versucht hatte, seinen Finanzminister und UBP-Kollegen Sunat Atun zu entlassen. Die beiden kleineren Koalitionspartner DP und YDP verließen die Koalition anscheinend auf Anweisung Ankaras, das Sucuoğlus Amtsführung nicht unterstützte. Schließlich wurde Sucuoğlu zum Rücktritt gezwungen und am 12. Mai bildeten die UBP, DP und YDP eine neue Koalitionsregierung unter der Führung des neuen Ministerpräsidenten Unal Ustel (UBP). Die Opposition stellte die Legitimität der neuen Regierung in Frage und behauptete, dass sie infolge einer türkischen Intervention gebildet worden sei. Obwohl Atun zunächst im Amt des Finanzministers blieb, wurde er schließlich im Juli ebenfalls ersetzt.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Republik Zypern

Die Wirtschaft der Republik Zypern stützt sich weitgehend auf Dienstleistungen, einschließlich Tourismus, Finanzdienstleistungen und Immobilien. Diese machten vor der Pandemie fast 80 Prozent des BIPs aus. Die Industrie trug nur 10 Prozent und die Landwirtschaft 2 Prozent zur Wirtschaft bei. Nach fünf Jahren ununterbrochenen Wachstums seit der Finanzkrise 2013 geriet die Wirtschaft im Süden aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 erneut in eine Rezession. Allein der Schlüsselsektor Tourismus brach im gesamten Jahr um 84,1 Prozent ein. Zusammen mit der Wirtschaft erholte sich der Tourismus im Jahr 2021 mit einem Anstieg von 195,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr teilweise. Das bedeutete aber immer noch 52,4 Prozent weniger Tourist*innen als 2019. Während die Wirtschaft im Vorjahr um 5,1 Prozent geschrumpft war, wuchs sie 2021 um 4,8 Prozent. Der wirtschaftliche Aufschwung setzte sich 2022 fort. Das Bruttoinlandsprodukt Zyperns stieg im Vergleich zum Vorjahr um 5,8 Prozent. Das BIP belief sich im Jahr 2022 auf 28,5 Mrd. Euro. Die Staatsverschuldung sank deutlich von 103,6 Prozent des BIP im Jahr 2021 auf 89,3 Prozent Ende 2022.

Die Deflation von 2020 (–1,1 Prozent) hatte sich 2021 in eine niedrige Inflation von 1,67 Prozent verwandelt. Wie anderswo in der Welt sah sich auch Zypern 2022 nach der russischen Invasion in der Ukraine mit einem starken Anstieg der Inflation konfrontiert. In den ersten elf Monaten des Jahres 2022 lag die jährliche Inflationsrate bei 8,4 Prozent. Die Arbeitslosigkeit war von 7,6 Prozent im Jahr 2020 auf 7,5 Prozent im Jahr 2021 leicht gesunken. Der positive Trend setzte sich mit einer geschätzten Rate von etwa 7 Prozent bis Ende 2022 fort. Dies spiegelte sich jedoch nicht in den Zahlen für die Jugendlichen wider. Die Jugendarbeitslosigkeit war von 19,9 Prozent im Dezember 2020 auf 15,1 Prozent im Dezember 2021 gesunken, bis Dezember 2022 war die Zahl wieder auf 18,6 Prozent gestiegen.

Im August 2021 unterzeichnete die Republik Zypern eine Vereinbarung mit der Europäischen Kommission im Rahmen des EU-Konjunkturprogramms, das die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie abmildern und den ökologischen und digitalen Wandel der EU-Länder unterstützen soll. Der Plan sieht 1,2 Mrd. Euro an Zuschüssen und 0,2 Mrd. Euro an Darlehen für die Republik Zypern vor, die die Regierung beabsichtigt, für die Reform des öffentlichen Dienstes, die Bekämpfung der Korruption, die Modernisierung der Gerichte und die ökologisch nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Im Jahr 2022 formulierte Zypern den Nationalen Resilienz- und Wiederaufbauplan unter dem Titel »Cyprus-Tomorrow«, um diese und andere Mittel mit einer geschätzten wirtschaftlichen Auswirkung von 4,4 Mrd. Euro zu nutzen. Die erste Tranche von 85 Millionen Euro wurde im Dezember 2022 erfolgreich ausgezahlt. Es wird erwartet, dass das Programm das BIP um 7 Prozent steigern und mittelfristig 11 000 gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen wird.

Ein historischer Meilenstein war die Einführung eines nationalen Mindestlohns in der Republik Zypern im Jahr 2022. Er sieht die Zahlung von 940 Euro für eine Vollzeitbeschäftigung und 885 Euro für die ersten sechs Monate der Beschäftigung vor und betrifft etwa 40 000 Arbeitnehmer*innen. Im Jahr 2022 setzten sich die Wirtschaftskrise und der Rückgang des Lebensstandards der türkisch-zyprischen Gemeinschaft fort. Die Bevölkerung im Norden sah sich mit einem »perfekten wirtschaftlichen Sturm konfrontiert: steigende Rohstoffpreise, ein gebremster Tourismus und vor allem die Auswirkungen der Finanzkrise in der Türkei« (AI-Monitor-Bericht vom Februar 2022). In diesem Rahmen erholte sich die türkisch-zyprische Wirtschaft weiter von den durch COVID-19 ausgelösten Krisen. Die beiden Hauptantriebskräfte der Wirtschaft, der Tourismus und die Hochschulbildung, waren von der COVID-19-Pandemie besonders stark betroffen. Die Einnahmen aus dem Tourismus sind bis 2020 um 82,7 Prozent zurückgegangen. Die Mehrheit der Student*innen habe es außerdem vorgezogen, in ihrem Heimatland zu bleiben, als die Universitäten auf Online-Unterricht umstellten. Die Einnahmen im Hochschulsektor waren 2020 um 36,1 Prozent gesunken. Im Jahr 2021 hatte sich die Situation bereits deutlich verbessert, da die Auslastung der Hotels gestiegen war (wenn auch deutlich unter dem Niveau vor der Pandemie) und die ausländischen Studierenden im Herbst zurückkehrten, als die Präsenzlehre wieder aufgenommen wurde. Dieser Trend setzte sich 2022 fort. Nach den offiziellen Statistiken erreichte die Auslastung der Hotels im Jahr 2022 42,7 Prozent gegenüber 26,8 Prozent im Jahr 2021. Die Zahl der Touristenankünfte stieg um 156 Prozent auf 1,42 Millionen. Ein weiterer wichtiger Faktor, der den privaten Sektor im Norden über Wasser hielt, war der massive Anstieg der griechischen Zypriener*innen und Ausländer*innen, die in den Norden kamen, um von den niedrigen Preisen zu profitieren, die durch den Wertverlust der türkischen Lira gegenüber dem im Süden verwendeten Euro verursacht wurden. Die Zahl der Grenzübertritte stieg von 1,5 Millionen im Jahr 2021 auf 4,7 Millionen im Jahr 2022.

Nordzypern

Für viele türkisch-zyprische Bürger*innen, insbesondere für diejenigen, die im Privatsektor arbeiten, sowie für nicht-türkisch-zyprische Wanderarbeiter*innen in niedrig bezahlten Jobs im Privatsektor, beschleunigte sich der Rückgang ihres Lebensstandards. Der Hauptgrund dafür war der dramatische Anstieg der Inflationsrate, die bereits von 15 Prozent im Jahr 2020 auf 46,1 Prozent im Jahr 2021 gestiegen war. Laut offizieller Statistik stieg der Verbraucherpreisindex im Jahr 2022 um unglaubliche 94,5 Prozent. Viele ausländische Studierende aus Asien und Afrika konnten ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten und gerieten in die Prostitution und in drogenbezogene Kriminalität oder verließen den Norden und suchten Asyl im Süden der Insel. Türkisch-zyprische Beschäftigte im öffentlichen Sektor, deren Gehälter zur Kompensation der inflationsbedingten Verluste indexiert wurden, und diejenigen mit Einkommen in harter Währung waren deutlich bessergestellt.

Ansonsten schnitt die Wirtschaft besser ab als in den beiden Vorjahren. Daten aus dem vierteljährlichen Bulletin der Zentralbank zeigten, dass die wichtigsten Wirtschaftsindikatoren im letzten Quartal 2022 über ihren Vorkrisenwerten lagen. Der Bericht zeigte, dass die Beschäftigungszahlen und die Anzahl der Ausländer*innen (einschließlich griechisch-zyprischer Bürger*innen), die das Land über die Übergangsstellen betreten, im Jahr 2022 höher waren als im Jahr 2019, das das letzte volle Jahr vor den verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie war. Im Jahr 2022 betraten 4,67 Millionen Ausländer die TRNC aus dem Süden, was die Zahl von 4,53 Millionen im Jahr 2019 übertraf. Die Abwertung der türkischen Lira lockte viele griechisch-zyprische Käufer*innen in den Norden.

Die Wirtschaft wurde auch durch die Rückkehr von Universitätsstudent*innen und Tourist*innen gestärkt. Die Anzahl der Ankünfte (per Luft und See) betrug im Jahr 2022 etwa 1,4 Millionen (immer noch unter dem Rekordwert von 1,75 Millionen im Jahr 2019, aber besser als die Zahlen von 2020 und 2021). Nach türkischen Staatsbürger*innen, die im Jahr 2022 mehr als 1,1 Millionen Ankünfte ausmachten, waren die höchsten Ankunfts zahlen für Russ*innen (32 442), Iraner*innen (31 450) und Deutsche (27 800). Der Bericht der Zentralbank wies auch auf einen positiven Ausblick auf dem Arbeitsmarkt hin: Die Zahl der registrierten Arbeitnehmer*innen, die vor der COVID-19-Pandemie bei 119 568 lag, sank bis Januar 2021 auf 105 945, stieg aber bis November 2022 auf 127 172. Im selben Zeitraum stieg die Gesamtzahl der Arbeitnehmer*innen mit Arbeitsgenehmigungen – also der ausländischen Arbeitskräfte – um 41,7 Prozent von 38 340 auf 54 355, während auch die Zahl der in der TRNC beschäftigten Bürger*innen stieg, von 67 605 auf 72 817. Die Arbeitslosenquote betrug 2022 6,3 Prozent und lag damit unter den 7,8 Prozent im Jahr 2021. Das Haushaltsdefizit verringerte sich ebenfalls um 73,9 Prozent im Vergleich zu 2021.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Republik Zypern

In der ersten Jahreshälfte 2022 war die Republik Zypern mit den negativen Folgen der Coronavirus-Pandemie konfrontiert, die sich auf alle Aspekte des täglichen Lebens der Arbeitnehmer*innen negativ auswirkte. Die Arbeitnehmer*innen, die in den letzten Jahren bereits unter den Folgen der Finanzkrise zu leiden hatten, sahen sich durch die Folgen der Pandemie mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Dazu gehörten Einkommensverluste. Darüber hinaus sind in jüngster Zeit neue Preissteigerungen für Grunderzeugnisse und Brennstoffe aufgrund des Krieges in der Ukraine hinzugekommen.

Der Anstieg der Inflation und die Krise der Lebenshaltungskosten, die sich ab der zweiten Jahreshälfte 2021 mit dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine und den dadurch ausgelösten Wirtschaftssanktionen des Westens zu manifestieren begannen, werden voraussichtlich sowohl auf globaler Ebene als auch in der zyprischen Wirtschaft bedrohliche Aus-

maße annehmen. Obwohl die zyprische Wirtschaft in Bezug auf die Investitionskapazität auf dem Vormarsch zu sein scheint, scheinen die beträchtlichen und hohen Gewinne, die sie erzielt, nur den Unternehmen zugute zu kommen. Dies führt zu einem Stillstand des Produktionspotenzials des Landes, das sich nicht erhöht. Darüber hinaus wird dieses Potenzial sehr schnell ausgeschöpft, wenn das BIP steigt, was wiederum die Inflation und das Außenhandelsdefizit begünstigt.

In diesem Zusammenhang wurde die zyprische Gewerkschaftsbewegung im Jahr 2022 aufgefordert, am sozialen Dialog im Rahmen des Beratungsgremiums für Arbeitsfragen teilzunehmen. Der Arbeitsminister lud insbesondere Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften ein, alle arbeitsrechtlichen Fragen anzusprechen, die sie für wichtig halten. Eines der wichtigen Themen, das alle an diesem Dialog beteiligten Akteure betraf, war die Lebenshaltungskostenbeihilfe (Cost of Living Allowance, CoLA). Das Hauptthema in dieser Angelegenheit war, dass die Arbeitgeber*innen ihre Forderung nach der Abschaffung der Zulage vorbrachten. Im Gegensatz dazu forderten die Gewerkschaften ihre vollständige Wiedereinführung und Rückgabe an alle Arbeitnehmer*innen, die Anspruch darauf haben. Auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung werden ab 2018 die 50 Prozent der CoLA einmal pro Jahr gezahlt, sofern im zweiten und dritten Quartal des Vorjahres ein positiver Trend des Wirtschaftswachstums zu verzeichnen war. Diese Vereinbarung war im Dezember 2020 ausgelaufen.

Vor der Krise 2013 wurde die CoLA alle sechs Monate berechnet. Aufgrund der negativen Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Wirtschaft wurde ihre Gültigkeit um ein weiteres Jahr verlängert und 2021 erneuert, da die Pandemie noch nicht überwunden war. Die Probleme in der Wirtschaft wurden aufgrund des russisch-ukrainischen Krieges ausgeweitet, wodurch die Inflation auf ein noch nie dagewesenes Niveau anstieg. Die Gewerkschaftsbewegung forderte die Wiederherstellung der Löhne und Gehälter als Reaktion auf den beispiellosen Preisanstieg bei den Grundbedarfsgütern und betonte, dass die CoLA durch kollektive Kämpfe zustande gekommen sei und daher nicht Gegenstand von Verhandlungen sein werde. Die Organisationen äußerten ihre Unzufriedenheit mit der Haltung der Arbeitgeberverbände und auch mit der Verzögerung beim Abschluss des Prozesses zur CoLA, der auf der Logik des Übergangsabkommens vom Juli 2017 beruht.

Die Gewerkschaften brachten auch ihre Entschlossenheit und ihr Engagement für kollektive Maßnahmen zum Ausdruck, die auf ein positives Ergebnis für die Wiederherstellung der CoLA abzielten, und forderten alle Beteiligten (Regierung und Arbeitgeberverbände) auf, den Inhalt der Vereinbarung einzuhalten. Die Gewerkschaften bekräftigten ihr striktes Festhalten an der Notwendigkeit, die Tarifverträge und die CoLA für alle Arbeitnehmer*innen in allen Sektoren auszuweiten. Die Arbeitgeberverbände beharren auf ihrer Forderung nach der vollständigen Abschaffung der Zulage, da sie behaupten, dass diese anachronistisch sei und die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft beeinträchtige. Die Gewerkschaften hingegen fordern die vollständige Wiedereinführung der Zulage, um die Kaufkraft der Löhne durch die Inflation wiederherzustellen.

Dieser soziale Dialog mit dem Arbeitsberatungsgremium war ein wichtiger Bestandteil der Gewerkschaftsmobilisierungen im Jahr 2022. Er bot den Gewerkschaften die Möglichkeit, die Themen zu erörtern, die sie das ganze Jahr über beschäftigten. Die übrigen Themen, die das Gremium beschäftigten, stellen daher Forderungen der Gewerkschaften nicht nur für das Jahr 2022, sondern auch aus früheren Jahren dar. Weitere Themen, die von den Gewerkschaften angesprochen wurden, waren:

- die Modernisierung der Strategie für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte.
- die Inkraftsetzung der Vereinbarung der Sozialpartner zur Regelung von Streiks in wesentlichen Dienstleistungssektoren;
- die Regelung grundlegender Mindestrechte und die Ausweitung des Geltungsbereichs von Beschäftigungsbedingungen durch Tarifverträge;
- die Verbesserungen der Arbeitsgesetze in Bezug auf das Gesetz zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses;
- die Gesetze zum Elternurlaub;
- die Verschleierung des Arbeitgeber-Arbeitnehmer*innen-Verhältnisses;
- der Kampf gegen den Kauf von Dienstleistungen und Scheinbeschäftigung;
- die Modernisierung des Rentensystems und die Abschaffung oder Regulierung der versicherungsmathematischen Kürzung von 12 Prozent für diejenigen, die mit 63 Jahren in Rente gegangen sind;
- den Schutz der Arbeitnehmer*innen im Falle der Insolvenz des Arbeitgebers;
- die Ratifizierung des IAO-Übereinkommens über menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Hausangestellte;
- Wohlfahrtsfonds;
- die Verzögerung bei der Prüfung der vom Außenministerium gezahlten Leistungen;
- Standards für berufliche Qualifikationen

Im Dezember 2022 fand eine wichtige Mobilisierung statt, die den Rahmen für neue Regelungen absteckte und gewerkschaftliche Aktionen einschloss. Die neuen Arbeitsbedingungen, die durch die Pandemie entstanden sind, haben neue Berufe und Arbeitsformen hervorgebracht. Eine davon ist die Arbeit auf Online-Plattformen – ein Sektor, der während der Pandemie einen Boom erlebte. In Zypern streikten die Lieferfahrer*innen, zumeist Drittstaatsangehörige, aus Protest gegen ihre Arbeitsbedingungen. Daraufhin wurde eine Reihe intensiver Konsultationen abgehalten, um unter der Schirmherrschaft der Abteilung für Arbeitsbeziehungen des Arbeitsministeriums eine Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern über die Arbeitsbedingungen der Zusteller*innen auf Online-Plattformen zu erzielen.

Die Konsultationen folgten auf den neuntägigen Streik der Zusteller*innen der Firma Wolt Delivery. Das Problem mit Wolt begann im vergangenen Jahr, als das Unternehmen begann, die den Zusteller*innen gezahlte Gebühr pro Bestellung zu senken. Im letzten Jahr erhielten die Zusteller*innen 3 Euro pro Bestellung, dann sank der Betrag auf 2,60 Euro, dann auf 2,40 Euro und jetzt auf 2,26 Euro pro Bestellung.

Die Mitarbeiter*innen gelten auch als freiberufliche Partner*innen von Wolt und sind offiziell bei einem anderen Unternehmen angestellt, bei dem es sich im Wesentlichen um einen Agenten handelt, der Vertriebsflotten verwaltet. Die Vertreter*innen erhalten 30 Prozent der 2,26 Euro, während die Mitarbeiter*innen selbst weitere 11 Prozent an die Sozialversicherung und an das gesetzliche Krankenversicherungssystem Zyperns GESY abführen, da sie als Freiberufler*innen arbeiten. Mit den verbleibenden 59 Prozent ihres Einkommens müssen sie selbst für den Unterhalt ihrer Motorräder, den Kraftstoff und sogar für ihre Uniformen aufkommen, die sie bei Wolt kaufen. Die Forderung der Streikenden besteht darin, die Provisionen für die Vertreter zu senken und die Gebühren für jeden Auftrag zu erhöhen. Die Gewerkschaften forderten die Einführung eines neuen Rechtsrahmens, der die Beschäftigten von Online-Plattformen schützen soll.

Eine weitere wichtige Entwicklung im Jahr 2022 war die Einführung des nationalen Mindestlohns. Der Dialog fand größtenteils 2022 statt, während der Mindestlohn im Januar 2023 eingeführt wurde und im Jahr 2024 erneut evaluiert werden soll. Obwohl das Mindestlohngesetz (21/1973) bereits 1973 erlassen wurde, wurde ein nationaler Mindestlohn erst am 1. Januar 2023 eingeführt. Die auf 940 Euro pro Monat festgelegte Maßnahme wird sich voraussichtlich auf 40000 Arbeitnehmer*innen auswirken. Allerdings sind Beschäftigte in der Landwirtschaft, in der Schifffahrt und Hausangestellte vom Mindestlohn ausgenommen, ebenso wie Praktikant*innen oder Personen, die ein Studium oder eine berufliche Qualifikation absolvieren.

Nordzypern

In einem Jahr, in dem die galoppierende Inflation die Kaufkraft der Angestellten ernsthaft untergrub, versuchten die türkisch-zyprischen Gewerkschaften, an verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Fronten aktiv zu bleiben. Wie in anderen Jahren versuchten sie durch Streiks, organisierte Proteste und individuelle oder gemeinsame Presseerklärungen (die Gewerkschaften waren federführend bei der Bildung einer neuen, kurzlebigen Plattform, der Communal Existence Platform, die sich aus Gewerkschaften, Berufsverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem gesamten politischen Spektrum zusammensetzte), Einfluss auf politische Entscheidungsträger*innen und die breite Öffentlichkeit zu nehmen. Auch wenn diese Maßnahmen den Beschäftigten des öffentlichen Sektors wahrscheinlich halfen, ihren Lebensstandard zu halten (dank der gesetzlich vorgeschriebenen Anpassung der Lebenshaltungskosten im öffentlichen und halböffentlichen Sektor), reichten sie nicht aus, um die Kaufkraft der am stärksten gefährdeten Gruppe angesichts der Inflation zu schützen, die Ende des Jahres 94,5 Prozent erreichte: die Mindestlohnempfänger*innen im privaten Sektor.

Der Mindestlohn war das ganze Jahr über eines der wichtigsten Themen. Der Mindestlohn für die erste Hälfte des Jahres 2022 wurde bereits im Dezember 2021 festgelegt, da die Regierung die Mindestlohnempfänger*innen im Vorfeld der für Januar 2023 angesetzten Parlamentswahlen zufriedenstellen

wollte. Obwohl die Vertreter*innen der Wirtschaft in der Kommission zur Festlegung des Mindestlohns (dem einzigen regelmäßig funktionierenden Mechanismus des sozialen Dialogs, der in der Regel zweimal im Jahr zusammentritt) die Sitzung des Ausschusses zunächst aus Protest verlassen und angekündigt hatten, die Rechtmäßigkeit der in ihrer Abwesenheit getroffenen Entscheidung anzufechten, beschlossen sie schließlich, dies nicht zu tun, sondern kündigten an, dass sie sich darauf konzentrieren würden, bei der Regierung Lobbyarbeit zu betreiben, um ihre Sozialversicherungsbeiträge zu unterstützen. Infolgedessen trat der neue Mindestlohnsatz am 1. Januar in Kraft. Dementsprechend erhielten die Beschäftigten in der Privatwirtschaft eine Lohnerhöhung von 41 Prozent: Der monatliche Bruttomindestlohn für einen Vollzeitbeschäftigten stieg von 4970 TL (324 Euro) auf 7000 TL (457 Euro), während der Nettobetrag von 4324 TL (282 Euro) auf 6090 TL (397 Euro) anstieg. Obwohl dies auf den ersten Blick wie eine ordentliche Erhöhung aussieht, lag der Nettomindestlohn ein Jahr zuvor, im Februar 2021, bei 447 Euro. Darüber hinaus wurde der niedrigste Bruttolohn im öffentlichen Sektor für Personen mit Sekundarschulabschluss Anfang 2022 auf 8340 TL (543 Euro) festgelegt.

Wie im Jahr 2021 hat die Gewerkschaft der türkisch-zyprischen Staatsbediensteten (KTAMS) auch im Jahr 2022 monatlich den Mindestbetrag errechnet, den eine vierköpfige Familie für eine gesunde Ernährung benötigt. Ende Dezember 2021 lag dieser Betrag, der Schwellenwert für Armutsgefährdung, die sogenannte »Hungergrenze«, bei 5774 TL (376 Euro) pro Monat. Bereits zu Beginn des Jahres lag der neu festgesetzte Mindestlohn also nur geringfügig über diesem Satz, und wegen der rasch steigenden Preise fiel der Mindestlohn im Laufe des Jahres 2022 regelmäßig unter dieses Niveau. Ende Mai lag die Hungergrenze bei 8676 TL (566 Euro), während der monatliche Nettomindestlohn nur 6090 TL (397 Euro) betrug, weil die Preise allein in den ersten fünf Monaten des Jahres um 43,1 Prozent gestiegen sind. Obwohl der Bund Freier Gewerkschaften (Hür-İş), der die Arbeitnehmer*innen in der Kommission zur Festsetzung des Mindestlohns vertritt, zu diesem Zeitpunkt einen offiziellen Antrag auf Einberufung der Kommission zur Festsetzung eines neuen Mindestlohns gestellt hatte, wurde dieser von Regierungsseite nicht akzeptiert. Schließlich setzte die Kommission unter dem Vorsitz des Ministers für Arbeit und soziale Sicherheit am 7. Juli den Nettomindestlohn auf 8600 TL (491 Euro) fest, obwohl die Arbeitnehmer*innenvertreter*innen die Sitzung aus Protest verließen. Ahmet Serdaroğlu, der Vorsitzende des Hür-İş, wies darauf hin, dass die Löhne und Gehälter im öffentlichen und halböffentlichen Sektor um 56,76 Prozent angehoben wurden, während der Mindestlohn nur um 41,21 Prozent angehoben wurde, was nicht ausreicht, um die Kaufkraft der Mindestlohnempfänger zu schützen. Obwohl die Gewerkschaften dagegen protestierten und die Kommission zur Festlegung des Mindestlohns am 27. Juli erneut zusammentrat, um die Einwände zu prüfen, wurde der Satz nicht geändert.

Bereits im August gab die KTAMS bekannt, dass der Mindestlohn trotz der im Juli vorgenommenen Erhöhung immer noch unter der Hungergrenze liegt. Die KTAMS forderte außerdem wiederholt gesetzliche Regelungen, die (1) den Mindestlohn

an die Lebenshaltungskosten koppeln, (2) die Kriterien für die Festlegung des Mindestlohns aktualisieren und (3) die Struktur der Kommission für die Festlegung des Mindestlohns ändern würden. Später im Jahr, im Oktober, forderte die KTAMS außerdem ein Gesetz, das die gewerkschaftliche Organisation im Privatsektor »so schnell wie möglich fördern soll, um zu verhindern, dass die Beschäftigten des Privatsektors von ihren Arbeitgebern ausgebeutet werden«. Von Zeit zu Zeit wiederholten verschiedene Gewerkschaften auch die in den Vorjahren erhobene Forderung, den Mindestlohn an das niedrigste Gehalt im öffentlichen Sektor zu koppeln (dies würde bedeuten, dass der Mindestlohn alle sechs Monate automatisch an die Lebenshaltungskosten angepasst wird, damit die Kaufkraft in Zeiten hoher Inflation besser geschützt ist). Die Regierung ist auf keine dieser Forderungen eingegangen.

Ende November wies die KTAMS darauf hin, dass die Differenz zwischen dem Mindestlohn – 8600 TL netto (446 Euro) – und der Hungergrenze auf 2553 TL (132 Euro) gestiegen ist. Doch obwohl Hür-İş beim Arbeitsministerium einen offiziellen Antrag auf Einberufung einer Sitzung der Kommission zur Festlegung des Mindestlohns gestellt hatte, wurde das Ministerium im November nicht tätig, und obwohl die Kommission im Dezember zwei Mal zusammentrat, konnte bis Ende 2022 kein neuer Mindestlohn vereinbart werden.

Wie im Jahr 2021 organisierten die Gewerkschaften kollektive Aktionen, um insbesondere gegen die Untätigkeit der Regierung bei der Bekämpfung der Inflation zu protestieren; diese Aktionen waren in der ersten Jahreshälfte intensiver. Am 18. März besuchten sieben Gewerkschaften und zwei Gewerkschaftsverbände (KTAMS, Kamu-Sen, KTOEÖS, KTÖS, Hak-Sen, Güç-Sen, Koop-Sen, Hür-İş-Föderation und Dev-İş-Föderation) den Premierminister Faiz Sücuoğlu. Die Gewerkschaftsführer*innen haben von der Regierung gefordert, den »Lebenshaltungskosten-Zuschlag« alle zwei Monate auf die Gehälter und Renten des öffentlichen Sektors aufzuschlagen, anstatt wie bisher alle sechs Monate, jedoch ohne Erfolg. Die Gewerkschaftsvertreter*innen legten ihre Forderungen an die Regierung auch auf einer gemeinsamen Pressekonferenz dar, auf der sie ihre Vorschläge zu den laufenden Preiserhöhungen unterbreiteten. Sie warnten die Regierung vor Protesten, sollte sie in dieser Angelegenheit untätig bleiben. Der KTAMS-Vorsitzende Güven Bengihan erklärte, die Gewerkschaften hätten sich zusammengeschlossen, um »die Kaufkraft der Bevölkerung zu schützen«.

Am 1. April lösten die Gewerkschaften ihr Versprechen ein und veranstalteten in Nikosia einen der größten Proteste in der jüngeren Geschichte. Der öffentliche Dienst kam landesweit zum Erliegen, als Gewerkschaften des gesamten politischen Spektrums einen eintägigen Generalstreik und einen Protestmarsch gegen steigende Preise, stagnierende Löhne und die »Verarmung« der Bevölkerung im Allgemeinen veranstalteten. Der Streik wurde von einer langen Liste von Gewerkschaften organisiert, die ein breites Spektrum von Berufen vertreten, darunter Beamte*innen, Lehrer*innen, Beschäftigte im Gesundheitswesen und Gemeindebedienstete. Auch eine Reihe von Oppositionsparteien und Nichtregierungsorganisationen schlossen sich dem Protest an, darunter die

wichtigste Oppositionspartei der Republikanischen Türkischen Partei (CTP), die Volkspartei (HP) und nicht im Parlament vertretene Parteien. Tausende marschierten zum Büro des Ministerpräsidenten, wo die Polizei umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen ergriff. Sie trugen eine Reihe von Transparenten und Schildern mit Botschaften wie »Nein zu Preiserhöhungen«, »Nein zur Verarmung«, »Türkische Lira = Armut«, »Arbeit ist billig für euch, das Leben ist teuer für uns«, »Vermögenssteuer für die Superreichen« und »Rücktritt der Regierung«. Der linke KTAMS-Vorsitzende Güven Bengihan, der Vorsitzende der rechtsgerichteten Hür-İş, Ahmet Serdaroğlu, und der Vorsitzende des linken Türk-Sen-Verbandes, Arslan Biçaklı, sprachen zu der Menge.

Am 31. Mai gab der KTAMS-Vorsitzende Bengihan eine Presseerklärung im Namen der »Plattform für Gemeinschaftsleben« ab, die sich aus Gewerkschaften, Berufsverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem gesamten politischen Spektrum zusammensetzt. Bengihan sagte, dass die Mitgliedsorganisationen ein Treffen abhielten und in der Überzeugung, dass ein Gemeinschaftsleben nur durch den gemeinsamen Kampf aller Teile der Gesellschaft erreicht werden kann, beschlossen hatten, eine breite Einheit zu bilden. Er stellte fest, dass während des Treffens die Entschlossenheit betont wurde, sich gegen die »Eingriffe gegen den Willen des Volkes« zu wehren und gemeinsam zu kämpfen, um die Produktion und die gerechte Verteilung im Lande zu gewährleisten.

Am 17. Juni organisierte die Kommunale Existenzplattform einen weiteren Protestmarsch gegen die steigenden Preise in Nikosia. Der Marsch wurde von den Oppositionsparteien unterstützt, darunter die Republikanische Türkische Partei (CTP) und die Volkspartei (HP). Der Marsch endete vor dem Parlamentsgebäude, wo die Menge den Rücktritt der Regierung forderte. Sie schwenkten auch Transparente und Plakate mit Botschaften wie »Nein zu Armut und Ausrottung«, »Verbot nicht gewerkschaftlich organisierter Arbeit«, »Verstaatlichung der Kraftstoffunternehmen«, »Kopplung des Mindestlohns an das niedrigste Gehalt im öffentlichen Sektor« und »Vermögenssteuer für die Superreichen«. Anfang des Monats, am 6. Juni, veranstalteten dieselben Gewerkschaften eine weitere Protestaktion gegen die Lebenshaltungskostenkrise, das Protokoll über die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der Republik Moldau von 2022 und die vorgeschlagenen Änderungen der Verleumdungsgesetze. Zu diesem Anlass benutzten sie ihre Autos, um die Straße vor dem Parlament zu blockieren.

Am 22. Juli gab die Regierung die neuen Gehaltsstufen für die Beschäftigten des öffentlichen und halböffentlichen Sektors bekannt, die den Anstieg der Lebenshaltungskosten um 56,76 Prozent in den ersten sechs Monaten des Jahres 2022 widerspiegeln. So stieg das Bruttomonatsgehalt der am schlechtesten bezahlten Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf 13074 TL (747 Euro). Am darauffolgenden Tag erließ die Regierung ein Dekret zur Kürzung der Gehälter und Renten über 15000 TL (857 Euro) (vorübergehend um 10–20 Prozent) und begründete dies mit der Pandemie, dem Krieg in der Ukraine, der Abwertung der türkischen Lira und Haus-

haltszwängen. Die Gewerkschaften reichten Klage beim Verfassungsgericht ein und forderten die Aufhebung des Erlasses, doch bevor das Gericht tätig wurde, wurde der Erlass bereits von der Regierung zurückgezogen. Premierminister Üstel verkündete, dass das »Problem«, das Gehaltskürzungen im öffentlichen Sektor erforderlich machte, gelöst sei.

An einer anderen Front stürmten am 12. September die Mitglieder von KTAMS und Kamu-Sen den Sitzungssaal der Kommission für den öffentlichen Dienst und besetzten ihn, um gegen die Entscheidung des Kommissionsvorsitzenden zu protestieren, die Vertreter*innen der Gewerkschaften von den Vorstellungsgesprächen für die Einstellung neuer Gefängniswärter*innen auszuschließen. Die Polizei nahm die Gewerkschafter*innen, darunter auch die beiden Vorsitzenden, fest. Nach ihrer Freilassung argumentierten die beiden Gewerkschaftsführer, dass die seit 17 Jahren bei den mündlichen Auswahlprüfungen angewandte Methode vom Vorsitzenden geändert worden sei, und erklärten, dass er als derjenige Kommissionsvorsitzende in die Geschichte eingehen werde, der die Gewerkschaftsvorsitzenden und -vorstände verhaften ließ, weil sie Transparenz forderten.

Wie in früheren Jahren stand auch 2022 die in der staatlichen Elektrizitätsbehörde (Kib-Tek) organisierte Kıbrıs Türk Elektrik Kurumu Çalışanları Sendikası (El-Sen, Gewerkschaft der Beschäftigten der türkischen Elektrizitätsbehörde) im Mittelpunkt des Interesses. Die Privatisierung bzw. Umstrukturierung von Kib-Tek wird schon seit langem diskutiert, was zu unzureichenden Investitionen und Sorgen bei den Mitarbeiter*innen geführt hat, während die Ausschreibungsverfahren Gegenstand von schweren Korruptionsvorwürfen waren. Vor diesem Hintergrund gab der Leiter von El-Sen im Februar 2022 bekannt, dass öffentliche und halböffentliche Einrichtungen der Behörde rund 900 Millionen TL (57,5 Millionen Euro) an unbezahlten Stromrechnungen schulden. Die Gewerkschaft drohte damit, Regierungsstellen, die nicht zahlen, die Energiezufuhr zu unterbrechen.

Am 30. März 2022 hielt El-Sen eine Pressekonferenz ab, um die Öffentlichkeit über die neuesten Entwicklungen bei Kib-Tek zu informieren. Der Vorsitzende von El-Sen, Kubilay Özkıraç, erklärte, dass diejenigen, die Kib-Tek privatisieren wollten, für die ständigen Stromausfälle verantwortlich seien, die das Land zur Dunkelheit verdammen. Özkıraç erklärte, dass die internen Streitigkeiten innerhalb der Regierungskoalition, die Weigerung der Regierung, die erforderlichen Investitionen zu tätigen, die nicht abgeschlossenen Ausschreibungen und das Versäumnis der Regierung, einen neuen Verwaltungsrat zu ernennen, die Gründe für die Stromausfälle seien und dass die dringendsten Probleme, die gelöst werden müssten, die Ernennung des Verwaltungsrats und die Behebung des Materialmangels seien. Özkıraç erinnerte daran, dass drei von fünf Generatoren seit Monaten auf Ersatzteile warten, während AKSA (das private Unternehmen aus der Türkei, das eines der beiden Kraftwerke betreibt) jedes Jahr 26 Millionen US-Dollar erhält. Özkıraç betonte, dass die Kürzungen fortgesetzt würden, wenn die Investitionen nicht getätigt würden, und man Kib-Tek nicht den Kumpanen der Regierung opfern werde, die untereinander um mehr Miete kämpfen. Die Führer von

KTÖS und Türk-Sen nahmen ebenfalls teil und unterstützten El-Sen auf der Pressekonferenz.

Am 12. April 2022 wurde im Rahmen einer Protestaktion von El-Sen der Strom in allen Regierungsbüros abgestellt. Der El-Sen-Vorsitzende erklärte, seine Gewerkschaft sei offen für ein Treffen mit der Regierung, sprach sich jedoch entschieden gegen eine mögliche Privatisierung von Kib-Tek aus und behauptete, Kib-Tek werde gezwungen, Strom unter den Gestehungskosten zu verkaufen, um das Unternehmen in den Bankrott zu treiben und anschließend für eine Privatisierung zu werben.

Im Februar wies Ali Yeltekin, der Generalsekretär des Hür-İş-Verbandes, der den Verband im Verwaltungsrat der Sozialversicherungsanstalt vertritt, darauf hin, dass die Behörde im Januar aufgrund der COVID-19-Pandemie ein Defizit verzeichnete (das mit einem Kredit von zwei Privatbanken ausgeglichen wurde). Vor der Pandemie waren 130 000 »aktive Arbeitnehmer*innen« bei der Sozialversicherungsanstalt registriert, aber diese Zahl ging aufgrund der Pandemie auf 76 000 zurück. Da sich die Wirtschaft im Laufe des Jahres erholte, kam dieses Thema nicht wieder auf die Tagesordnung der Öffentlichkeit.

Gegen Ende des Jahres 2021 kündigten die beiden Gewerkschaftsverbände jenseits der Grünen Linie, Türk-Sen und SEK, ihre Zusammenarbeit an, um Arbeitssuchende und Arbeitgeber zusammenzubringen, ein Programm, das es türkischen Zyprer*innen ermöglichen sollte, im Süden eine Beschäftigung zu finden. Das Programm trug 2022 erste Früchte: Anfang Februar gab Türk-Sen bekannt, dass von den 130 türkischen Zyprer*innen, die sich im Dezember bei Türk-Sen für eine Beschäftigung im Tourismussektor im Süden beworben hatten, 60 ihre Arbeit aufgenommen haben und weitere 40 ihre neue Stelle »in den kommenden Tagen« antreten werden. Die Initiative wurde eingeführt, um türkischen Zyprer*innen die Beschäftigung im Tourismus-, Restaurant- und Bau-sektor im Süden zu erleichtern. Nach dem starken Wertverlust der türkischen Lira sind Arbeitsplätze im Süden, die in Euro bezahlt werden, für türkische Zyprer*innen attraktiver geworden. Genaue Zahlen über die Zahl der türkischen Zyprer*innen, die im Jahr 2022 im Süden arbeiten werden, liegen zwar nicht vor, doch schätzt ein Türk-Sen-Beamter, der für diesen Bericht befragt wurde, die Zahl auf 150 bis 200.

Am 2. August protestierten Lehrer*innen der zyprischen Türkischen Grundschullehrergewerkschaft (KTÖS) und der zyprischen Türkischen Sekundarschullehrergewerkschaft (KTOEÖS) vor dem Bildungsministerium, durchbrachen dabei die Polizeiketten und drangen in das Gebäude ein. Ziel des Protestes war es, die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen zur Regelung der Rechte und Pflichten von Lehrer*innen zu verhindern. Am 17. Oktober streikte die KTOEÖS an allen öffentlichen Sekundarschulen und veranstaltete eine Demonstration. Die KTOEÖS reagierte mit dieser Aktion auf die Haltung von Bildungsminister Nazım Çavuşoğlu gegenüber den Lehrer*innen und forderte gleichzeitig, dass der Gesetzesentwurf zur Änderung des Lehrer*innengesetzes fallen gelassen wird. Der Gesetzesentwurf scheint vor-

erst auf Eis gelegt zu sein, auch wenn er nicht gänzlich fallen gelassen wurde.

Negativ zu vermerken ist, dass Kamu-İş' Bemühungen, Reinigungskräfte, die in öffentlichen Schulen als Angestellte privater Unternehmen arbeiten, zu organisieren, nicht erfolgreich waren. Im Juli organisierte Hür-İş eine Protestaktion vor dem Büro des Ministerpräsidenten, bei der die Regierung beschuldigt wurde, sie habe ihre Versprechen nicht gehalten, was die Verbesserung der Rechte von Arbeitnehmer*innen angeht, die in öffentlichen Schulen für Subunternehmer*innen arbeiten. Zuvor hatte Ministerpräsident Ünal Üstel versprochen, sich mit den Problemen der Reinigungskräfte an öffentlichen Schulen zu befassen, die bei einer früheren Demonstration beklagt hatten, dass sie seit zwei Monaten nicht bezahlt worden seien und dass ihre Sozialversicherungsbeiträge in den letzten sechs Monaten nicht gezahlt worden seien. Kamu-İş' Generalsekretär sagte, dass es etwa 1 700 Beschäftigte gibt, die Dienstleistungen im öffentlichen Sektor erbringen, die für den Mindestlohn arbeiten und deren Lohn an Feiertagen und anderen Tagen, an denen sie nicht arbeiten, gekürzt wird.

Am 13. Oktober legten Kamu-İş-Mitglieder im Rahmen des laufenden Streiks der Reinigungskräfte an öffentlichen Schulen einen schwarzen Kranz vor dem Bildungsministerium nieder. Der Kamu-İş-Vorsitzende Ahmet Serdaroğlu sagte bei der Demonstration, dass rund 230 Reinigungskräfte einen Tarifvertrag forderten, nachdem sie sich darüber beschwert hatten, dass sie nicht angemessen bezahlt und ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen verletzt würden. Obwohl die Reinigungskräfte »von Anfang an wussten«, dass sie nicht als Beschäftigte des öffentlichen Sektors eingestellt werden würden, sagte Serdaroğlu, dass gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte nun das Recht auf Tarifverhandlungen hätten.

Am 17. Oktober gab Serdaroğlu bekannt, dass sich die Reinigungskräfte von weiteren 16 Grund- und Sekundarschulen einem »unbefristeten Streik« angeschlossen hätten, der bereits an neun Schulen stattfindet. Am 24. Oktober protestierte die Gewerkschaft vor dem Parlament und forderte, dass sich das Parlament auf die Gewährleistung der Rechte der Reinigungskräfte konzentriert. Während der Demonstration versuchten die Demonstrant*innen, die Tore des Parlaments gewaltsam zu öffnen, wurden jedoch von Polizeibeamt*innen zurückgehalten. Im November wurde die Befürchtung geäußert, dass sich die staatlichen Schulen aufgrund des Streiks der Reinigungskräfte zu einer »Brutstätte« für Krankheiten entwickeln könnten. Die unzureichenden Reinigungsdienste an öffentlichen Grund- und Sekundarschulen haben zu Szenen mit überquellenden Mülleimern und schmutzigen Klassenräumen und Toiletten geführt. Der zyprisch-türkische Ärzteverband forderte das Gesundheitsministerium, das Bildungsministerium und die Gemeinden auf, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Mindesthygienebedingungen in den Schulen eingehalten werden.

Am 22. Dezember marschierte der Kamu-İş zum Bildungsministerium, weil seine Mitglieder von dem mit der Reinigung beauftragten Privatunternehmen nicht bezahlt und unfair be-

handelt worden waren. Bei der Demonstration wurde ein Feuer entzündet und Steine wurden in einem Topf »gekocht«, um die seit Monaten ungelösten Probleme der Reinigungskräfte zu verdeutlichen. Kamu-İş-Führer Serdaroğlu beschuldigte den Bildungsminister und die Regierungskoalition, die Menschenrechte zu verletzen, und behauptete, die Reinigungskräfte, die im Rahmen eines Regierungsvertrags von einer privaten Firma beschäftigt wurden, seien »Druck und Drohungen« ausgesetzt gewesen. Serdaroğlu betonte, dass Premierminister Ünal Üstel im Wahlkampf gesagt habe, die Reinigungskräfte würden leiden, weil sie sich gewerkschaftlich organisiert hätten. Serdaroğlu beschuldigte Çavuşoğlu außerdem, »vor seiner Verantwortung davonzulaufen« und verglich die Arbeit in Reinigungsdiensten an Schulen mit »Sklaverei«. Bis zum Ende des Jahres hatten sich die Bedingungen für die Beschäftigten nicht verbessert.

Memur-Sen, eine Gewerkschaft, die dem Hür-İş-Verband angehörte, verließ Hür-İş und wurde unabhängig. Der Grund dafür wurde nicht genannt.

GEWERKSCHAFTEN IN ZYPERN – FAKTEN UND ZAHLEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Republik Zypern

Unter den Krisenbedingungen, die nach dem Krieg von 1974 in der griechisch-zyprischen Gemeinschaft herrschten, wurde das dreigliedrige System, die institutionalisierte Konsultation zwischen Arbeitnehmer*innen und Vertreter*innen arbeitgebender Instanzen unter der Schirmherrschaft des Staates, das bereits seit der späten Kolonialzeit in rudimentärer Form existierte und sich in den ersten Jahren der Republik konsolidierte, weiter gefördert, gestärkt und formalisiert, obwohl es keine rechtlich bindende Macht erhielt. Die Gewerkschaften akzeptierten Lohnkürzungen und eine Reihe vorübergehender Einfrierungen von Leistungen im Rahmen der allgemeinen Bemühungen um den nationalen Wiederaufbau. Tarifverträge sind ein wichtiger Bestandteil des Arbeitsrechts. Allgemein gilt jedoch, dass Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber für letztere nicht rechtsverbindlich sind. Eines der charakteristischsten Merkmale des zyprischen korporatistischen Modells ist die Tatsache, dass es sich auf Tarifverträge stützt, die Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien voraussetzen. Der 1977 von den wichtigsten Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden unter der Schirmherrschaft des Staates ausgehandelte und vereinbarte Kodex für Arbeitsbeziehungen (Industrial Relations Code – IRC) regelte mehr als drei Jahrzehnte lang, sowohl dem Wortlaut als auch dem Geiste nach, die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen. Der IRC ist im Wesentlichen ein Dokument des »weichen Rechts«, ein *Gentlemen's Agreement*, das den Tarifverhandlungsprozess regelt und einen Konfliktlösungsmechanismus für den Fall vorsieht, dass beide Parteien nicht zu einem für beide Seiten akzeptablen Ergebnis kommen. Die Beteiligung der Gewerkschaften an einer Reihe von dreigliedrigen Ausschüssen in den 1980er und 1990er Jahren ermöglichte ihnen einerseits

ein Mitspracherecht in vielen politischen Fragen, drängte sie aber zweifelsohne auch zu einer weitgehend konzilianten Haltung. Die Beteiligung der Gewerkschaften an der Politikgestaltung erstreckte sich jedoch zu keinem Zeitpunkt auf die staatliche Wirtschaftspolitik.

Als sich die politische Landschaft in den 1980er Jahren in Form eines Vier-Parteien-Systems stabilisiert hatte, wuchsen die Gewerkschaften in Bezug auf Mitgliederzahl, finanzielle Ressourcen und Apparate erheblich an, während sie politisch im Schatten ihrer jeweiligen Parteien blieben, für die sie eine Art »Transmissionsriemen« darstellten. Neben der Pancyprian Federation of Labour (PEO), die direkt mit der AKEL verbunden ist, und dem Cyprus Workers' Confederation (SEK), der indirekt mit der DISY und der DIKO verbunden ist, war die Democratic Labour Federation of Cyprus (DEOK), eine weitere kleine Gewerkschaft, die sich von der SEK abgespaltete, direkt mit der sozialdemokratischen EDEK verbunden.

In den 1990er Jahren öffnete sich die zyprische Wirtschaft zunehmend für die internationale Wirtschaft. Das verarbeitende Gewerbe, das immer ein großer Sektor war, schrumpfte infolge des globalen Wettbewerbs, während der Dienstleistungssektor expandierte und ausländische Arbeitskräfte und, nach dem EU-Beitritt Zyperns im Jahr 2004, auch Arbeitskräfte aus EU-Ländern zu einem immer wichtigeren Teil der Erwerbsbevölkerung wurden. Obwohl die Mitgliederzahl der Gewerkschaften sowohl in den 1990er als auch in den 2000er Jahren weiter anstieg, blieb sie weit hinter der Zunahme der Erwerbsbevölkerung zurück, was zu einem deutlichen Rückgang des Organisationsgrades von rund 80 Prozent in den 1980er Jahren auf rund 50 Prozent in den 2010er Jahren führte. Die Organisation von Dienstleistungsarbeiter*innen, nicht zyprischen Arbeitnehmer*innen und jungen Arbeitnehmer*innen im Allgemeinen war schwieriger, und obwohl die Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt einige Fortschritte erzielten, waren diese begrenzt und wurden durch die Ausbreitung der Wirtschaftskrise behindert. Die beschleunigte Ausweitung der atypischen Beschäftigung in den 2010er Jahren hat ebenfalls dazu beigetragen, die gewerkschaftlichen Organisierungsbemühungen zu verlangsamen, da prekär Beschäftigte schwieriger zu organisieren sind.

Nordzypern

Obwohl sich die Wurzeln der türkisch-zyprischen Gewerkschaften bis in die 1940er Jahre zurückverfolgen lassen, spielte die Gewerkschaftsbewegung in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft bis 1974 nur eine untergeordnete Rolle, da in dieser Zeit des interkommunalen Konflikts rechtsgerichtete Nationalist*innen die politisch-wirtschaftliche Szene beherrschten. Die ethnischen Spannungen und der spätere Konflikt zwischen den beiden Gemeinschaften, der in den 1950er Jahren begann, behinderten die wirtschaftliche Modernisierung und die Entwicklung moderner Institutionen, einschließlich der Gewerkschaften. In dieser Hinsicht stellt die faktische geografische Teilung der Insel im Jahr 1974 und die Gründung einer separaten türkisch-zyprischen politischen Einheit im Jahr 1975 einen wichtigen Meilenstein dar. Ob-

wohl einige große Gewerkschaften wie die KTAMS (Gewerkschaft der türkischen Beamt*innen Zyperns), die KTÖS (Gewerkschaft der türkischen Grundschullehrer Zyperns) und die KTOEÖS (Gewerkschaft der türkischen Sekundarschullehrer Zyperns) sowie einer der Verbände, die Türk-Sen (Föderation der türkischen Gewerkschaften Zyperns), bereits vor 1974 gegründet worden waren, waren die Umstände in den kleinen Enklaven, in denen die türkischen Zyper*innen unter der Militärherrschaft lebten, für eine klassenbasierte Gewerkschaftsbewegung nicht förderlich. Daher kam die Gewerkschaftsbewegung erst in der relativ demokratischen Zeit nach 1974 in Schwung.

In dieser frühen Nachkriegszeit gab es im privaten Sektor nur eine kleine Produktion und der Staat war der größte Arbeitgeber. Staatliche Wirtschaftsunternehmen waren im Tourismus und in der verarbeitenden Industrie tätig, wo die Größenordnung eine gewerkschaftliche Organisation begünstigte. Diese Faktoren erklären die Dominanz der Gewerkschaften im öffentlichen Sektor.

Dank der positiven Atmosphäre zu Beginn der Periode nach 1974 und inspiriert durch die relative Stärke der Linken in der Türkei verabschiedete das Parlament in dieser Zeit viele arbeiter*innenfreundliche Gesetze, die den Gewerkschaften (zumindest im öffentlichen Sektor) mehr Macht verliehen. Infolgedessen gab es 1981, als die Gesamtzahl der Beschäftigten etwa 54000 betrug, etwa 20000 Gewerkschaftsmitglieder. Diese Zahl stieg jedoch nicht weiter an, obwohl die Gesamtbeschäftigungszahl im Jahr 2001 90000 erreichte, blieb sie konstant auf diesem Niveau. Im Jahr 2021 gab es etwa 26000 Gewerkschaftsmitglieder, während die Gesamtbeschäftigungszahl bei 125000 lag.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Republik Zypern

Die allmähliche, aber beträchtliche Ausweitung des öffentlichen Sektors im weiteren Sinne ermöglichte es dem Mitte-rechts-Flügel SEK, die PEO in Bezug auf die Mitgliederzahl einzuholen, da er die überwältigende Mehrheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in den Gemeinden organisierte. Gleichzeitig wurde die Pankýpria Syntechnía Dimosíon Ypallílon (PASYDY, panzyprische Gewerkschaftsverband der öffentlichen Bediensteten), die die Beamt*innen vertritt, ebenfalls gestärkt, konnte ihre Mitgliederzahl erhöhen und eine Reihe von Lohnerhöhungen und Vergünstigungen für ihre Mitglieder durchsetzen. Die PASYDY ist formell neutral und keiner bestimmten Partei zugehörig, doch da die Mehrheit ihrer Mitglieder Anhänger*innen der DIKO und der DISY sind, tendiert sie politisch in der Regel nach rechts. Parteimitglieder und Parteifunktionär*innen sind im öffentlichen Dienst und innerhalb der PASYDY aktiv, auch wenn dies nicht in Form von formalisierten internen Fraktionen geschieht, wie z. B. in den Lehrer*innengewerkschaften POED, OELMEK und OLTEK, die den Grundschul-, den Sekundarschul- bzw. den technischen Bildungsbereich vertreten. Die ETYK, die Gewerkschaft des Bankensektors, ist ähnlich wie

die PASYDY nicht formal an eine politische Partei gebunden und konnte von der erheblichen Expansion des Bankensystems und seiner starken Position auf dem Arbeitsmarkt profitieren, indem sie ihren Mitgliedern in den 1980er, 1990er und 2000er Jahren erhebliche Lohnerhöhungen, Vergünstigungen und Privilegien verschaffte.

Die Ausweitung der irregulären Beschäftigung im breiteren öffentlichen Sektor in den 2000er Jahren und die Unfähigkeit von PASYDY und SEK, diese Beschäftigten trotz einiger Verbesserungen weitgehend zu schützen, hat zur Gründung anderer kleiner, unabhängiger Gewerkschaften geführt. Die größten von ihnen, wie ASDYK, die in den 2010er Jahren als

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in der Republik Zypern

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Παγκύπρια Εργατική Ομοσπονδία, ΠΕΟ (Panzyprischer Gewerkschaftsbund, PEO)	Vorsitz: Pampis Kyritsis Stv. Vorsitz: Soteroulla Charalambous	56 742 (2020)	WGB
Συνομοσπονδία Εργαζομένων Κύπρου, ΣΕΚ (Zyprischer Arbeiter*innenbund, SEK)	Vorsitz: Andreas Matsas Stv. Vorsitz: Michalis Michael	56 388 (2020)	IGB, EGB
Παγκύπρια συνδικαλιστική οργάνωση δημοσίων υπαλλήλων, ΠΑΣΥΔΥ (Panzyprische Gewerkschaftsverband der öffentlichen Bediensteten, PASYDY)	Vorsitz: Stratis Mathaiou Stv. Vorsitz: Antonis Koutsoullis	21 535 (2020)	EGB, EPSU, PSI

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in der Republik Zypern

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Συντεχνία Οικοδόμων, Ξυλουργών, μεταλλωρύχων και γενικών εργατών, Οικοδόμοι (Gewerkschaft der Bauarbeiter*innen, Zimmerleute, Bergleute und allgemeinen Arbeiterschaft)	PEO	Vorsitz: Michalis Papanikolaou Stv. Vorsitz: Eftihios Papamichael	10 673 (2020)	UITBB
Συντεχνία Ξενοδοχοϋπαλλήλων και Κέντρων Αναψυχής, ΣΥΞΚΑ (Gewerkschaft der Angestellten in Hotels und Freizeitzentren SYXKA)	PEO	Vorsitz: Lefteris Georgiadis Stv. Vorsitz: Andreas Kombos	11 763 (2020)	TUI-HOTOUR
Ομοσπονδία Σωματείων Ημικρατικών Οργανισμών, ΟΗΟ (Gewerkschaftsverband der halbstaatlichen Organisationen ΟΙΟ)	SEK	Vorsitz: Andreas Elia Stv. Vorsitz: Ilias Demetriou	5 141 (2020)	EPSU, PSI
Ομοσπονδία Υπαλλήλων Ξενοδοχείων. Επισιτισμού και Κέντρων Αναψυχής, ΟΥΞΕΚΑ (Verband der Angestellten im Hotel- und Gastgewerbe und in Freizeitzentren, ΟΙΧΕΚΑ)	SEK	Vorsitz: Miltiadis Miltiadous Stv. Vorsitz: Georgios Karas	15 040 (2020)	EFFAT, IUF
Ένωση Τραπεζικών Υπαλλήλων Κύπρου, ΕΤΥΚ (Gewerkschaft der Bankangestellten Zyperns, ΕΤΥΚ)	Unabhängig	Vorsitz: Chatzikostis Loizos Stv. Vorsitz: Christos Konomis	6 753 (2020)	UNI Europa, UNI Global
Παγκύπρια Ομοσπονδία Ανεξάρτητων Συνδικαλιστικών Οργανώσεων ΠΟΑΣΟ (Panzyprische Föderation der unabhängigen Gewerkschaften, POASO)	Unabhängig	Vorsitz: Kostas Ioannou Stv. Vorsitz: Achilleas Charalampous	ca. 4 000	WOW (World Organisation of Workers)

zweite allgemeine Gewerkschaft des öffentlichen Sektors entstand, PASIKY, eine Gewerkschaft der Ärzt*innen in öffentlichen Krankenhäusern, und PASYNO, die Gewerkschaft der Krankenpfleger*innen in öffentlichen Krankenhäusern, stellten alle die PASYDY in Frage. In jüngerer Zeit wurde die Gewerkschaft Pankýpria Syntechnía Isotita, (ISOTITA, Panzyprische Gewerkschaft Gleichheit) gegründet, die irregulär beschäftigten Arbeitnehmer*innen im öffentlichen und halb-öffentlichen Sektor vertritt.

Im Oktober 2020 wurde POAS nach der Aufnahme der Gewerkschaften ASDYK (Unabhängige Gewerkschaft der Beamten Zyperns) und PASYNO (Panzyprische Union der Krankenschwestern) in Panzyprische Föderation der unabhängigen Gewerkschaften (POASA) umbenannt. Heute gibt es acht Mitgliedsgewerkschaften der POASO, die etwa 4000 Mitglieder haben. In den 2010er Jahren mussten die großen Gewerkschaften Mitgliederverluste hinnehmen, blieben aber die dominierenden Akteure, da sich die Gewerkschaftslandschaft nicht grundlegend verändert hatte.

Die gewerkschaftliche Vertretung ist je nach Wirtschaftszweig und Unternehmensgröße sehr unterschiedlich. Im öffentlichen, halböffentlichen, kommunalen und Bankensektor ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad nach wie vor sehr hoch, wenn auch nicht mehr so hoch wie früher, da die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft für die regulär Beschäftigten traditionell fast automatisch mit der Einstellung erfolgt. Ausnahmen bilden hier diejenigen, die Spitzenpositionen in der Verwaltung und im Management innehaben, Fachkräfte sowie regulär und projektbezogene Beschäftigte, die befristete Arbeitsstellen innehaben. Weitere Faktoren, die zu einer Veränderung der Mitgliederzahlen geführt haben, sind der Anstieg der Zahl der irregulär Beschäftigten, die mit Zeitverträgen und aufeinanderfolgenden befristeten Verträgen eingestellt werden und in der Regel jung sind sowie der bereits erwähnte Austritt einiger Arbeitnehmer*innen und Berufsgruppen aus PASYDY und in geringerem Umfang aus dem SEK.

In der Privatwirtschaft geht der Trend dahin, dass die meisten großen Unternehmen gewerkschaftlich organisiert sind und die meisten kleinen Unternehmen keine Gewerkschaften haben. Dies ist der Fall im Hotel- und Gaststättengewerbe und im Baugewerbe, wo die Gewerkschaften relativ stark sind und branchenweite Tarifverträge aushandeln. Es gibt jedoch einige große Arbeitgeber in diesen Branchen, denen es gelingt, die Gewerkschaften aus ihren Unternehmen herauszuhalten. Selbst in diesen beiden Branchen, die relativ groß und sehr dynamisch sind und zusammen mit dem Bankensektor die gesamte Wirtschaft antreiben, hatten die Gewerkschaften in den letzten zehn Jahren zunehmend Schwierigkeiten. Das Baugewerbe wurde von der Krise schwer getroffen und schrumpfte in den Krisenjahren erheblich, hat sich aber derzeit erholt. Der Tourismus war die einzige Branche, die während der Krise weiter wuchs, aber die vorherrschenden Bedingungen in der Wirtschaft erlaubten es den Gewerkschaften nicht, die Beschäftigungsbedingungen von vor der Krise aufrechtzuerhalten, geschweige denn zu verbessern, obwohl in den letzten Jahren einige Schritte unternommen wurden, um sowohl die Bedingungen als auch die Vertretung zu verbessern.

Im Verkehrssektor und im verarbeitenden Gewerbe sind die Gewerkschaften nur mäßig vertreten, und es gibt eine Mischung aus Industrie- und Unternehmenstarifverträgen, die einen kleinen Teil der Beschäftigten abdecken, aber auch als Bezugspunkt für einige andere, nicht gewerkschaftlich organisierte Unternehmen dienen. Im Einzelhandel und im Dienstleistungssektor war und ist die Präsenz der Gewerkschaften begrenzt. Tarifverträge sind in diesen Sektoren sehr selten, und wenn es sie gibt, gehen sie nicht über die Unternehmenzebene hinaus. In Ermangelung von Tarifverträgen bleibt den Gewerkschaften als einziges Instrument die Arbeitsgesetzgebung und das Eintreten für einen Mindestlohn, wo dies möglich ist. In transnationalen Unternehmen ist die gewerkschaftliche Organisation tendenziell seltener, was auf die gewerkschaftsfeindliche Politik zurückzuführen ist, die in der Regel in Sektoren wie den Fast-Food-Ketten verfolgt wird, und auf die Vorherrschaft individualistischer Ideologien, beispielsweise in multinationalen professionellen Dienstleistungen.

Die formale EU-Definition für kleine und mittlere Unternehmen ist für ein kleines Land wie Zypern analytisch nicht sehr nützlich, da die überwältigende Mehrheit der Unternehmen in diese Kategorie fällt. Der Trend geht jedoch dahin, dass die gewerkschaftliche Organisation in kleinen, oft familiengeführten Unternehmen schwieriger ist als in mittleren Unternehmen.

Nordzypern

Historische und strukturelle Faktoren, wie der sehr geringe Umfang der industriellen Produktion und die geringe Größe der Privatunternehmen, haben die gewerkschaftliche Organisation im Privatsektor sehr schwierig gemacht. Folglich ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Privatwirtschaft sehr niedrig. Laut einer Studie aus dem Jahr 2014 gab es in 95 Prozent der privaten Arbeitsplätze keine Gewerkschaftsmitglieder. Daher arbeitet die überwältigende Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder im öffentlichen und halböffentlichen Sektor. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist rückläufig: Während er 2004 noch bei 33,7 Prozent lag, betrug er 2022 nur noch rund 22 Prozent.

Die Gewerkschaftslandschaft im nördlichen Teil Zyperns ist recht zersplittert. Nach Angaben des Gewerkschaftsregisters gab es im Jahr 2022 rund 45 aktive Gewerkschaften. Laut Gesetz können sich 20 Personen zu einer Gewerkschaft zusammenschließen. Gewerkschafter*innen halten dies für eine bewusste Strategie der Politiker, um die Entwicklung größerer und einflussreicherer Gewerkschaften zu untergraben, denn in der Praxis ziehen es die Beschäftigten vor, eine neue Gewerkschaft zu gründen und zu führen, anstatt sich größeren bestehenden Branchengewerkschaften anzuschließen und ihre Ressourcen zu bündeln.

Die Gewerkschaftsszene wird von drei großen Gewerkschaftsverbänden, die im öffentlichen und halböffentlichen Sektor organisiert sind, sowie von mehreren unabhängigen Gewerkschaften in der öffentlichen Verwaltung, im primären und sekundären öffentlichen Bildungswesen und in den Kommunen dominiert.

Tabelle 3

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Nordzypern

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Hür İşçi Sendikaları Federasyonu, Hür-İş (Bund der Freien Gewerkschaften)	Vorsitz: Ahmet Serdaroğlu Generalsekretär: Ali Yeltekin	4 304	Keine
Kıbrıs Türk İşçi Sendikaları Federasyonu, Türk-Sen (Türkisch-zyprischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Arslan Bıçaklı Generalsekretär: Tamay Soysan	1 651	IGB, EGB
Devrimci İşçi Sendikaları Federasyonu, Dev-İş (Föderation der revolutionären Gewerkschaften)	Vorsitz: Koral Aşam Generalsekretär: Semih Kolozali	1 164	WFTU; Regionales Netzwerk der Energiegewerkschaften in Südosteuropa (RETUN-SEE)

Tabelle 4

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Nordzypern

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Kıbrıs Türk Öğretmenler Sendikası, KTÖS (Türkisch-zyprische Gewerkschaft der Grundschullehrer*innen)	Unabhängig	Vorsitz: Mustafa Baybora Generalsekretär: Burak Mavis	1 722	EI, EGBW
Kıbrıs Türk Orta Eğitim Öğretmenler Sendikası, KTOEÖS (Türkisch-zyprische Gewerkschaft der Sekundarschullehrer*innen)	Unabhängig	Vorsitz: Ozan Elmali Generalsekretär: İbrahim Ermihan	2 840	EI, EGBW
Kıbrıs Türk Amme Memurları Sendikası, KTAMS (Türkisch-zyprische Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes)	Unabhängig	Vorsitz: Güven Bengihan Generalsekretär: Serman Yiğit	3 556	EGÖD (EPSU), IÖD (PSI)
Kıbrıs Türk Kamu Görevlileri Sendikası, Kamu-Sen (Gewerkschaft der türkischen Staatsbediensteten Zyperns)	Unabhängig	Vorsitz: Metin Atan Generalsekretär: Özgür Kıdrışlıoğlu	2 203	keine
Kamu İşçileri Sendikası, Kamu-İş (Türkisch-zyprische Arbeiter*innengewerkschaft des öffentlichen Dienstes)	Hür-İş	Vorsitz: Ahmet Serdaroğlu Generalsekretär: Devrim Gündüz	2 550	Internationaler Eurasischer Metallgewerkschaftsbund (IEMF)
Belediye Emekçileri Sendikası, BES (Gewerkschaft der Gemeindebediensteten)	Unabhängig	Vorsitz: Mustafa Yalınkaya Generalsekretär: Ulus Arpalıklı	1 572	keine

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN*Republik Zypern*

Es gibt keine nennenswerten direkten rechtlichen Hindernisse, die die Möglichkeiten der Gewerkschaften, ordnungsgemäß zu handeln, einschränken. Das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, und das Streikrecht sind durch die Verfassung und die Gewerkschaftsgesetzgebung geschützt. Darüber hinaus hat das Gewerkschaftsgesetz aus dem Jahr 2012, »Über die Anerkennung von Gewerkschaftsorganisati-

onen und das Recht auf gewerkschaftliche Unterstützung zum Zwecke der Anerkennung für Tarifverhandlungen«, die Situation für die Gewerkschaften verbessert, indem ein Verfahren eingeführt wurde, mit dem die Weigerung der arbeitgebenden Instanz, die Anerkennung zu gewähren, durch einen Erlass des Gewerkschaftsregistrators überwunden werden kann. Zuvor bestand die einzige Möglichkeit darin, Arbeitgeber durch einen unbefristeten Arbeitskampf zum Einlenken zu zwingen. Die hohen Kosten und das hohe Risiko einer solchen Aktion haben die Gewerkschaften oft davon abgehalten, einen solchen Weg einzuschlagen.

Mit dem Gesetz von 2012 kann der Gewerkschaftsregistrator auf Antrag der Gewerkschaft direkt ein Dekret zur obligatorischen Anerkennung erlassen, wenn die Gewerkschaften in einem Betrieb mit mehr als 30 Beschäftigten mindestens 50 Prozent der Arbeitnehmer*innen vertreten. Wenn die Gewerkschaften mindestens 25 Prozent der Arbeitnehmer*innen vertreten, kann der Gewerkschaftsregistrator eine geheime Abstimmung in den Räumlichkeiten des Unternehmens ohne Anwesenheit des Arbeitgebers durchführen. Das Ergebnis der Abstimmung ist unabhängig davon, ob eine Gewerkschaftsvertretung gewünscht wird oder nicht, mit einfacher Mehrheit gültig, wenn mindestens 40 Prozent der Beschäftigten daran teilnehmen. Das Gesetz hat den Gewerkschafter*innen auch den Zugang zu den Betrieben erleichtert und den Vertrauensleuten mehr Zeit für die Wahrnehmung ihrer Gewerkschaftsaufgaben eingeräumt. Obwohl die neuen Befugnisse der Registerbeamt*innen nur gelegentlich zum Einsatz kamen und seit 2012 nur vier Mal in Anspruch genommen wurden, hat die bloße Existenz des Gesetzes den gewerkschaftlichen Organisierungsbemühungen sowohl etablierter als auch neuer Gewerkschaften teilweise geholfen, da die Aktivist*innen von vornherein wissen, dass die Anerkennung garantiert ist, sobald die vorgeschriebenen Anteile erreicht sind.

Alle acht grundlegenden IAO-Übereinkommen und drei der vier *Governance*-Übereinkommen wurden von der Republik Zypern ratifiziert und sind derzeit in Kraft. Das Übereinkommen 129 über die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft ist noch nicht ratifiziert. Von den technischen Übereinkommen sind 43 von 176 ratifiziert. Im Allgemeinen hat Zypern 56 Übereinkommen und vier Protokolle ratifiziert: 50 sind in Kraft; sieben Übereinkommen und zwei Protokolle wurden gekündigt; zwei Instrumente wurden gekündigt, während in den letzten zwölf Monaten keine neuen ratifiziert wurden.

Nordzypern

Das Recht, Gewerkschaften zu gründen, das Recht auf Tarifverträge und das Streikrecht sind in der türkisch-zyprischen Verfassung von 1985 durch Artikel 53 und 54 geschützt.

Das Gewerkschaftsgesetz wurde 1971 eingeführt und ist seit 1974 nicht mehr geändert worden. Obwohl es aktualisiert werden muss, zögern die Gewerkschaften, sich dafür einzusetzen, da sie negative Folgen befürchten. Eine ihrer Hauptorgane ist die wahrscheinliche Abschaffung des Check-Off-Systems, bei dem Arbeitgeber den Gewerkschaftsbeitrag von den Löhnen der Beschäftigten abziehen und direkt an die Gewerkschaften abführen, was von Zeit zu Zeit von rechten Politiker*innen ins Gespräch gebracht wird, um die Stärke der Gewerkschaften zu untergraben.

Die Gewerkschaften haben keine Probleme, sich im öffentlichen Sektor zu organisieren. Tatsächlich arbeitet eine überwältigende Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitskräfte im öffentlichen oder halböffentlichen Sektor.

Andererseits ist festzustellen, dass die Beschäftigten des privaten Sektors im Allgemeinen und die zugewanderten Ar-

beitskräfte im Besonderen unter prekären Bedingungen arbeiten. Obwohl das türkisch-zyprische Parlament nur eine begrenzte Anzahl von IAO-Übereinkommen ratifiziert hat, wird das Arbeitsgesetz von 1992, das die Arbeitsbeziehungen im privaten Sektor regelt, von Gewerkschafter*innen als vernünftig angesehen. Allerdings gibt es ernsthafte Probleme bei der Durchsetzung dieses Gesetzes. So wurden beispielsweise bei verschiedenen Gelegenheiten zahlreiche Beschäftigte in der Privatwirtschaft entlassen, nachdem sie einer Gewerkschaft beigetreten waren, obwohl dies eindeutig gegen das Gesetz verstößt. Auch bei der Durchsetzung der Arbeitsschutzvorschriften gibt es schwerwiegende Defizite. Vor allem im Baugewerbe kommt es häufig zu tödlichen Arbeitsunfällen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Republik Zypern

Im südlichen Teil Zyperns gibt es praktisch nur zwei Verhandlungsebenen: die industrielle Ebene und die Ebene der Arbeitsplätze/des Unternehmens. Zwischen diesen beiden Ebenen gibt es keine substanzielle Verbindung und auch keine systematische Koordinierung der Tarifverhandlungen. Es ist jedoch wichtig festzustellen, dass einige große Tarifverträge informell das Muster für kleinere Verträge in verschiedenen Branchen vorgeben, und der öffentliche Sektor den Maßstab für den privaten Sektor setzt. Auf sektoraler Ebene finden immer direkte Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern statt, in den meisten Fällen zwischen den beiden größten Gewerkschaftsbündeln PEO und SEK auf der Arbeitnehmer*innenseite und OEB auf der Arbeitgeberseite. Auf Unternehmensebene werden die Tarifverträge in der Regel direkt zwischen Gewerkschaftsvertreter*innen und Arbeitgebern ausgearbeitet und ausgehandelt, in einigen Fällen jedoch mit Unterstützung des Arbeitgeberverbandes, dem sich das Unternehmen angeschlossen hat.

Es gibt weder auf nationaler noch auf branchenübergreifender oder regionaler Ebene Verhandlungsstandards. Gelegentlich gibt es einige Rahmenvereinbarungen, die die Bandbreite der Verhandlungsziele für die nachfolgenden Tarifverträge festlegen. Sie sind nie detailliert und legen in der Regel keine konkreten Beschäftigungsbedingungen fest. Daher können sie nicht als dritte, sektorübergreifende Verhandlungsebene angesehen werden. Diese Rahmenvereinbarungen auf nationaler Ebene sollten eher als politische Erklärungen und sozialer Dialog denn als Tarifverhandlungen verstanden werden.

Obwohl keine genauen, umfassenden und aktualisierten Zahlen verfügbar sind, kommt das Ausmaß der tarifvertraglichen Deckung der Gewerkschaftsdichte sehr nahe, da es praktisch keine anderen Formen von Tarifverhandlungen gibt und keine anderen Akteur*innen beteiligt sind, auch wenn manchmal die grundlegenden Bedingungen eines bestehenden Tarifvertrags einzelne Verträge beeinflussen können. Das Fehlen von Ausdehnungsmechanismen auf Branchenebene und wirksame Erga-omnes-Regeln auf Unternehmensebene führen zu einer Konvergenz des gewerkschaftlichen Organisati-

onsgrads und der Tarifbindung. Der Gesamttrend bei der tarifvertraglichen Deckungsrate ist also ein Rückgang, der mit dem Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades einhergeht. Daraus lässt sich schließen, dass der Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrads von 63,4 Prozent im Jahr 2001 auf 45,2 Prozent im Jahr 2013 zu einem entsprechenden Rückgang der Tarifverhandlungen geführt hat. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Republik Zypern liegt über dem EU-Durchschnitt, während die Tarifverhandlungsquote unter dem EU-Durchschnitt liegt.

Insgesamt gilt der internationale Trend zur Dezentralisierung der Tarifverhandlungen, der durch die Präferenzen der Arbeitgeber vorangetrieben und durch die Schwäche der Gewerkschaften im neoliberalen Zeitalter ermöglicht wurde, auch für Zypern. Einige der Branchen, in denen Tarifverhandlungen auf Branchenebene geführt wurden, wie z.B. Lederwaren, Bekleidung und Schuhe, sind geschrumpft, während andere tertiäre Sektoren, in denen Tarifverhandlungen hauptsächlich auf Unternehmensebene geführt werden, expandiert haben. Obwohl es keine verlässlichen Zahlen für den Zeitverlauf gibt, scheinen die bruchstückhaften Belege darauf hinzudeuten, dass die Zahl der Tarifverträge und ihr Geltungsbereich zurückgegangen sind, wobei die Tarifverhandlungen auf Unternehmensebene auf Kosten der Branchenebene zunahmten, was auf eine stärkere Dezentralisierung hindeutet. In Branchen, in denen Tarifverhandlungen auf Industrie- und Unternehmensebene nebeneinander bestehen, wie z.B. in der Metallindustrie, haben die unbeständigen Bedingungen der Krise die Dezentralisierungstendenzen noch verstärkt. Im Bankensektor kam es zu einer Verlagerung der Verhandlungen von der Branchen- auf die Unternehmensebene, da der Arbeitgeberverband 2015 aufgelöst wurde, als seine Mitglieder mitten in der Finanzkrise beschlossen, Arbeitsan gelegenheiten auf eigene Faust zu regeln.

In einer zersplitterten Erwerbsbevölkerung mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen ist die Macht der Gewerkschaften gegenüber unnachgiebigen Arbeitgeber oft unzureichend. Daher wird die Abteilung für Arbeitsbeziehungen des Arbeitsministeriums häufig um Vermittlung bei der Einhaltung von Tarifverträgen und der Auslegung einiger Klauseln gebeten. Die Tatsache, dass es sich bei vielen bestehenden Tarifverträgen um alte Dokumente handelt, die beibehalten und überarbeitet werden, hat zu einem komplexen Geflecht von Vorschriften geführt, die häufig missverstanden und falsch ausgelegt werden. Infolgedessen ergeben sich viele Arbeitskonflikte aus Auslegungsfragen.

Die beiden wichtigsten Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten sind die Schlichtung und die Schiedsgerichtsbarkeit. Die Abteilung für Arbeitsbeziehungen (Industrial Relations Service) des Ministeriums für Arbeit, Wohlfahrt und Sozialversicherung ist für die Unterstützung bei der Schlichtung zuständig, indem sie in einen Konflikt eingreift, nachdem die Verhandlungen in eine Sackgasse geraten sind und die beiden Seiten (Arbeitgeber und Gewerkschaften) das Ministerium förmlich um eine Schlichtung gebeten haben. Das Mediationsverfahren unterliegt den Verfahren des Industrial Relation Code (IRC), der detaillierte Verfahren für

die Streitbeilegung im privaten und halböffentlichen Sektor vorsieht; für den öffentlichen Sektor gelten andere Regeln. Das vom IRC geregelte Schlichtungsverfahren ist kein obligatorisches Verfahren und wird nicht durch Rechtsvorschriften geregelt. Tarifverträge zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften können jedoch ausdrücklich vorsehen, dass arbeitsrechtliche Streitigkeiten der Mediation unterworfen werden. Ziel der Mediation ist es, Arbeitgeber und Gewerkschaften dabei zu unterstützen, eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden. Insgesamt kann man sagen, dass die Gewerkschaften in ihren Kernaufgaben teilweise erfolgreich sind, wenn auch in diesem Jahrzehnt weniger als im vorangegangenen.

Ab der zweiten Jahreshälfte 2011 verlangsamten sich die Prozesse des sozialen Dialogs infolge der Wirtschaftskrise, da der Notstandskontext und anschließend das Memorandum of Understanding (MoU) der Republik Zypern mit der Troika wenig Raum für Diskussionen im Bereich der Sozial- und Arbeitspolitik ließen. Der Schaden, der den Strukturen und Prozessen des sozialen Dialogs zugefügt wurde, konnte in den Jahren nach dem Auslaufen des MoU im Jahr 2016 nicht vollständig geheilt werden, da die DISY-Regierung häufig unilaterale Initiativen ergriff, ohne die Sozialpartner zu konsultieren. Im Jahr 2019 waren jedoch einige Fortschritte zu verzeichnen und es gab Anzeichen für eine bescheidene Wiederbelebung der sektoralen Tarifverhandlungen und des sozialen Dialogs. Im Jahr 2020 übernahm das Arbeitsministerium trotz der pandemiebedingten geringeren Aktivität der Gewerkschaften mehrfach die vermittelnde Rolle auf der Grundlage des IRC ein. Im Jahr 2021 sahen viele Arbeitgeber die Pandemiekrise als Gelegenheit, die Rechte der Arbeitnehmer*innen, die zuvor durch Tarifverträge festgelegt worden waren, einzuschränken und ihre Verpflichtungen ihnen gegenüber zu verletzen. Außerdem hat die Angst vor Arbeitslosigkeit viele Arbeitnehmer*innen dazu gebracht, verschiedene Formen der Verletzung ihrer Rechte zu akzeptieren. Gleichzeitig bleibt die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens in einer Zeit der Pandemiekrise eine große Herausforderung für die Zukunft des zyprischen Unternehmensmodells, und das Arbeitsministerium übernahm auch in diesem Fall mehrfach die vermittelnde Rolle.

Nordzypern

Gewerkschaften sind fast ausschließlich im öffentlichen und halböffentlichen Sektor organisiert, wo es verschiedene Mechanismen des sozialen Dialogs gibt. Einige dieser Mechanismen funktionieren relativ gut, einige funktionieren gut, wenn der Wille auf Regierungsseite vorhanden ist, und einige existieren nur auf dem Papier. In den letzten zehn Jahren ist eine allgemeine Verschlechterung der Funktionsweise dieser Mechanismen zu beobachten. Dies ist weitgehend auf die zwischen der Türkischen Republik und Ankara unterzeichneten Wirtschaftsprotokolle zurückzuführen, die Sparmaßnahmen vorsehen. In einem Umfeld, in dem die Regierung nach wie vor der größte Arbeitgeber ist, hat das Finanzministerium einen langen Schatten auf die Mechanismen des sozialen Dialogs geworfen, insbesondere wenn es um Verhandlungen

über materielle Leistungen für die arbeitende Bevölkerung geht. Darüber hinaus kann man von einer Zurückhaltung der Regierung sprechen, die ihren Handlungsspielraum gegenüber den anderen Sozialpartnern einschränken kann. Daher neigt sie dazu, entweder ihre Verantwortung als Akteur in den Mechanismen des sozialen Dialogs zu ignorieren und damit gegen das Gesetz zu verstoßen oder es zu versäumen, die Schritte zu unternehmen, die diese Mechanismen funktionsfähig machen.

Obwohl die Beschäftigten des öffentlichen Sektors im Allgemeinen das Recht auf Tarifverhandlungen haben, sind sie nicht berechtigt, einen Tarifvertrag zu unterzeichnen. Dies ist das Privileg einer kleinen Gruppe, die hauptsächlich aus Arbeiter*innen im öffentlichen und halböffentlichen Sektor besteht. Der umfassendste Tarifvertrag wird zwischen dem Finanzministerium und Kamu-İş ausgehandelt, der Arbeiter*innen im öffentlichen Sektor vertritt. In anderen Bereichen sind die Tarifverhandlungen sehr dezentralisiert und finden ausschließlich auf betrieblicher Ebene statt. Für die Angestellten des öffentlichen Sektors gilt dagegen ein anderer Tarifverhandlungsmechanismus, die sogenannten »Protokollgespräche«. Diese werden zwischen dem Finanzministerium und den beiden Gewerkschaften, die die Angestellten in der öffentlichen Verwaltung vertreten, sowie den Gewerkschaften, die die Lehrer und die Beschäftigten im Gesundheitswesen vertreten, geführt. Dieser Mechanismus hat jedoch allmählich an Bedeutung verloren; seit 2007 wurde kein Protokoll mehr unterzeichnet, und in manchen Jahren hat sich das Finanzministerium nicht einmal die Mühe gemacht, eine Sitzung einzuberufen, obwohl diese laut Gesetz jedes Jahr stattfinden muss.

Wie bereits erwähnt, sind gewerkschaftliche Organisation und Tarifverhandlungen in der Privatwirtschaft sehr selten. Der einzige Mechanismus des sozialen Dialogs, der die Beschäftigten des privaten Sektors betrifft, ist die Kommission zur Festlegung des Mindestlohns, die sich aus fünf Vertreter*innen des Arbeitgeberverbands, fünf Vertreter*innen des größten Gewerkschaftsverbands (derzeit Hür-İş-Verband) und fünf Regierungsvertreter*innen zusammensetzt. Die Kommission tritt mindestens einmal im Jahr zusammen, um den gesetzlichen Mindestlohn festzulegen. In den letzten Jahren trat sie zweimal im Jahr zusammen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Republik Zypern

Die positivste Entwicklung der letzten Jahre ist, dass die Tarifverhandlungen die Wirtschaftskrise überstanden haben. Und obwohl die Gewerkschaften an Dichte und Einfluss verloren haben, sind sie nicht so sehr geschrumpft, wie es in anderen südeuropäischen Ländern der Fall ist, wobei Griechenland das negativste Beispiel darstellt. Der steigende Anteil von Arbeitnehmer*innen, die unter prekären Bedingungen beschäftigt sind, der allgemeine Rückgang des Lebensstandards und die unfreiwillige Unterbeschäftigung geben jedoch weiterhin Anlass zur Sorge.

Angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten der Gewerkschaften, das bestehende Niveau der Tarifverhandlungen aufrechtzuerhalten, geschweige denn auf die wachsende Zahl der nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer*innen auszudehnen, versuchten PEO und SEK 2012 eine Klausel zur Ausweitung der Tarifverhandlungen in der Reform des Gewerkschaftsgesetzes durchzusetzen. Dies wurde jedoch von den Arbeitgebern blockiert. Die Gewerkschaften halten an dieser Politik fest und versuchen weiterhin, Tarifverträge als primäre Regulierungsinstrumente zu stärken, die Vorrang vor rechtlichen Mitteln haben. Im Hotel- und Tourismusgewerbe ist es ihnen schließlich gelungen, im Jahr 2020 den Branchentarifvertrag zu erneuern, auch wenn dieser laut den Gewerkschaften in vielen Fällen von den Arbeitgebern verletzt wurde. Die Gewerkschaften betonen weiterhin die Notwendigkeit eines nationalen Mindestlohns, der den bestehenden, der derzeit nur neun Berufskategorien abdeckt, erweitert, da er insbesondere für Sektoren und Branchen benötigt wird, in denen es keine Tarifverhandlungen gibt. Im Jahr 2020 stimmte das Parlament für die Einrichtung und den Betrieb eines einheitlichen Inspektionsdienstes, der dem Ministerium für Arbeit, Wohlfahrt und Sozialversicherung unterstellt ist. Der seit langem unternommene Versuch, die Arbeitsaufsicht durch die Einrichtung einer unabhängigen Arbeitsaufsichtsbehörde mit erweiterten Befugnissen zu stärken, wurde 2019 von einer Parlamentsmehrheit blockiert.

Es gibt keine zuverlässigen Längsschnittuntersuchungen, die das Ansehen von Parteien, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen und beruflichen Gruppen vergleichen. Der Zusammenbruch des Bankensektors und die offensichtliche Verbreitung von Wirtschaftskriminalität, für die noch niemand zur Rechenschaft gezogen wurde, haben in Verbindung mit der Rezession und der Sparpolitik im letzten Jahrzehnt zu einer ernsthaften Diskreditierung aller Institutionen in Zypern geführt. Offensichtlich haben die Banken und die Parteien die Hauptlast getragen, aber auch die Gewerkschaften wurden auf vielfältige Weise geschädigt. Der Verlust von Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, da viele ihrer Mitglieder arbeitslos wurden, veranlasste die Gewerkschaften, ihre Apparate zu verkleinern und deren Kosten zu senken. Ihre Unfähigkeit, ihre Mitglieder angemessen zu schützen, und ihre anhaltenden Verbindungen zu den politischen Parteien, die den von der Troika unterstützten Sparplan einstimmig verabschiedeten, ließen das Vertrauen in sie schwinden. Da sich jedoch keine bedeutenden alternativen Akteur*innen zur Förderung der Arbeitnehmer*innenrechte oder andere Vertreter*innen herausgebildet haben, sind die Gewerkschaften keiner ernsthaften Konkurrenz ausgesetzt.

Die größte politische Herausforderung, mit der die Gewerkschaften derzeit konfrontiert sind, ist die Aggressivität einiger Arbeitgeber*innen und ihr eigener schrumpfender politischer Einfluss gegenüber den politischen Parteien und dem Staat. Auf gesellschaftlicher Ebene besteht die größte Herausforderung darin, dass ihre Schwäche offenkundig geworden ist und es ihnen immer schwerer fällt, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass sie in der Lage und willens sind, die Interessen der Arbeitnehmer*innen im Allgemeinen und insbesondere ihrer schwachen Mitglieder zu schützen. Die Priorität,

die sich die Gewerkschaften selbst gesetzt haben, hat sich nicht geändert, nämlich der Schutz des bestehenden Systems der Arbeitsbeziehungen im Allgemeinen und der Institution der Tarifverhandlungen und Tarifverträge als wichtigster Regulierungsmechanismus auf dem Arbeitsmarkt. In Anbetracht des Rückgangs ihrer eigenen Macht auf dem Arbeitsmarkt unterstützen PEO und SEK jedoch die Institutionalisierung einer Reihe von Mindestlöhnen und -rechten für alle Arbeitnehmer*innen, die nicht unter Tarifverhandlungen fallen.

Auf der Ebene der Arbeitsbeziehungen stellt die Zukunft der Tarifverträge die größte Herausforderung dar. Wie bereits erwähnt, ist der Trend negativ, was den sinkenden Geltungsbereich, die zunehmenden Verstöße, die Verzögerungen bei der Erneuerung und die vereinbarten Änderungen sowie die einseitig von den Arbeitgeber auferlegten Änderungen während des Berichtszeitraums betrifft. Betrachtet man dies jedoch in einem international vergleichenden Rahmen und vor allem unter Berücksichtigung der Aggressivität der Arbeitgeber während der Krisenjahre, so ist der Bodenverlust der Gewerkschaften in dieser Dimension nicht enorm und die Dinge sind nicht so dramatisch, wie sie hätten sein können. Das Gleiche gilt für die organisatorische Ebene. Der Organisationsgrad ist zwar rückläufig, aber es handelt sich um einen allmählichen Prozess, der vergleichsweise deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt, was zeigt, dass sich die Gewerkschaftsbewegung in Zypern trotz des Rückgangs der Gewerkschaften selbst erhalten hat.

Der politische Einfluss und die gesellschaftliche Akzeptanz der Gewerkschaften haben im letzten Jahrzehnt deutlich abgenommen. In den letzten zwei Jahren ist jedoch der Impuls gewachsen, dass endlich weitere gesetzgebende Schritte in Richtung einer Regulierung des Arbeitsmarktes unternommen werden können. Die drei Hauptrichtungen sind: die Umwandlung der »Hauptklauseln« der Tarifverträge in Gesetze; die Einführung eines nationalen Mindestlohns, der für alle Arbeitnehmer*innen gilt, die nicht von den bestehenden Verträgen erfasst werden, wobei der in den Tarifverträgen festgelegte Mindestlohn für die betreffenden Branchen in Gesetze umgewandelt wird; und die Einführung von Ausdehnungsmechanismen in Bezug auf die Tarifverträge. Die Gewerkschaften sind heute zuversichtlich, dass dies unter den Bedingungen nach der Krise des Jahres 2020 möglich ist, und sie drängen auf diese Maßnahmen im Rahmen des sozialen Dialogs.

Auf europäischer und internationaler Ebene sind die zypriischen Gewerkschaften gut vernetzt, aber angesichts der geringen Größe Zyperns ist ihre Beteiligung weder zentral noch vorrangig. Alle drei großen Gewerkschaftsbünde haben internationale Verbindungsstellen, sie verfolgen gemeinsame Aktionstage und Kampagnen, die von der europäischen oder internationalen Ebene ausgehen, und sie berichten durch ihre Presse über internationale Entwicklungen. Die PEO ist wahrscheinlich der engagierteste und am stärksten international ausgerichtete der drei Verbände, was auf sein historisches Erbe zurückzuführen ist, insbesondere nach dem Zusammenbruch des Ostblocks. Seit den 1990er Jahren ist PEO strukturell in der Lage, einer der wenigen großen Dachverbände in der EU zu sein, die dem Weltgewerkschaftsbund

(WGB) angehören. Der SEK hingegen ist auf europäischer Ebene am besten vernetzt und nimmt regelmäßig an den Sitzungen des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) teil.

Nordzypem

Im Allgemeinen haben linke Gewerkschaften gute Beziehungen zu linken politischen Parteien, obwohl es keine organischen Verbindungen zwischen ihnen gibt. Das Gleiche gilt weitgehend für die rechten Gewerkschaften und die rechten politischen Parteien. Die Gewerkschaften sind gut darin, Massenproteste zu organisieren, die einen gewissen Einfluss auf breitere soziale und politische Themen haben können. So spielten sie beispielsweise eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Menschen zu Demonstrationen für die Wiedervereinigung der Insel und den EU-Beitritt im Zeitraum 2002–2004. Dies war ein großer Erfolg mit dauerhaften Auswirkungen auf die politische Szene. Obwohl die Wiedervereinigung und der EU-Beitritt aufgrund des »Nein« der griechisch-zyprischen Gemeinschaft im Referendum von 2004 letztendlich nicht zustande kamen, wurde die Insel als Ganzes Teil der EU, und die Parteien, die für die Wiedervereinigung eintraten, kamen im nördlichen Teil der Insel zum ersten Mal als führende Koalitionspartner an die Macht. Folglich gewannen die Kandidat*innen der Wiedervereinigungsparteien zwischen 2005 und 2020 zweimal die Präsidentschaftswahlen.

Die Fähigkeit der Gewerkschaften, einen dauerhaften Einfluss auf die Wirtschaftspolitik auszuüben, ist jedoch historisch gesehen gering. Man kann sagen, dass dieser Einfluss in den letzten fünfzehn Jahren angesichts des wachsenden Einflusses Ankaras auf die Wirtschaftspolitik, der sich in Form von zwischen der türkischen und der TRNC-Regierung unterzeichneten Wirtschaftsprotokollen manifestiert, weiter abgenommen hat. Zunächst war es der Gewerkschaftsplattform, in der Gewerkschaften aus dem gesamten politischen Spektrum vertreten sind, gelungen, 2010 und 2011 öffentliche Unterstützung gegen diese Politik zu mobilisieren. Diese Massenmobilisierung konnte jedoch die Umsetzung der wichtigsten Sparmaßnahmen nicht verhindern.

Positiv zu vermerken ist, dass das Arbeitsministerium im Juli 2018 ein Programm eingeführt hat, das Tarifverhandlungen und die gewerkschaftliche Organisation in den privaten Medienunternehmen fördert. Die Regelung sollte den Medienunternehmen finanzielle Anreize bieten, wenn ein Tarifvertrag für einen begrenzten Zeitraum (36 Monate) unterzeichnet wird, wurde aber später auf unbestimmte Zeit verlängert; nach dieser Regelung werden die Sozialversicherungs- und Vorsorgeprämien für die unter den Tarifvertrag fallenden Beschäftigten vom Staat übernommen. Die Finanzierung des Systems stammt aus einem anderen System, das die Beschäftigung türkisch-zyprischer Staatsbürger*innen in der Privatwirtschaft fördern soll und daher nicht für Arbeitnehmer*innen gilt, die nicht Staatsbürger*innen der TRNC sind. Dank des Programms konnten in vielen Medienunternehmen Tarifverträge unterzeichnet werden. Insgesamt wird dies von den Gewerkschaftern als Erfolg gewertet. Es gibt jedoch auch negative Entwicklungen: In Kibris, dem größten

privaten Medienunternehmen im nördlichen Teil Zyperns, zwang das Unternehmen die Beschäftigten, einer separaten Gewerkschaft beizutreten, die nur unter den Beschäftigten des Kibris-Medienunternehmens (Kibris-Sen) organisiert ist.

Obwohl im Februar 2019 die Vorbereitungen zur Ausweitung dieser Regelung auf andere Sektoren abgeschlossen wurden und ein Gesetzesentwurf der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, wurde der Entwurf nach dem Zusammenbruch der Vier-Parteien-Koalition, in der das Amt des Ministerpräsidenten und das Arbeitsministerium von linksorientierten Parteien, der Republikanischen Türkischen Partei (CTP) bzw. der Sozialdemokratischen Partei (TDP), kontrolliert wurden, schließlich auf Eis gelegt.

Das relative politische Gewicht der Gewerkschaften wurde weiter geschwächt, nachdem die Minderheitskoalition aus drei rechtsgerichteten Parteien, der Partei der Nationalen Einheit (UBP), der Demokratischen Partei (DP) und der Partei der Wiedergeburt (YDP), im Jahr 2020 an die Macht gekommen war. Diese Regierung endete im Oktober 2021 und eine Übergangsregierung aus UBP und DP führte das Land zu den vorgezogenen Parlamentswahlen am 23. Januar 2022. Nach den Wahlen wurden zwei neue UBP-DP-YDP-Koalitionsregierungen von zwei verschiedenen UBP-Premierministern gebildet.

Das öffentliche Ansehen der Gewerkschaften bleibt gering. Laut einer im März 2021 durchgeführten Umfrage des Zentrums für Migrations-, Identitäts- und Rechtsstudien (CMIRS), einem lokalen Meinungsforschungsinstitut, lag das Vertrauen in die Gewerkschaften beispielsweise bei 2,35 (von 5); im September 2022 war es auf 2,05 gesunken. Am schlechtesten schnitten die Regierung (1,82) und das Parlament (1,89) ab, während die Polizei (2,79) und die Justiz (2,62) am besten abschnitten.

Hubert Faustmann, *Professor für Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität von Nikosia und Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zypern*

Gianna Chatzigeorgiou, *Soziologin, MA*

Sertac Sonan, *Außerordentlicher Professor für Internationale Beziehungen und Direktor des Zentrums für Zypern- und Mittelmeerstudien, Cyprus International University*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.